

Überdecker Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Überdecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4,50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengefaltene Peltseite oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 235.

Donnerstag, den 7. Oktober 1920.

27. Jahrg.

Partei, Regierung, Republik.

Von Philipp Scheidemann.

Fürst Bismarck wollte die Sozialdemokratie ausrotten, deshalb setzte er das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie durch. 12 Jahre lang leitete das Gesetz auf der Sozialdemokratie. Dann aber ging Fürst Bismarck, nicht die Sozialdemokratie am Sozialistengesetz zugrunde. Sein Nachfolger, General v. Caprivi, mußte schon erklären, daß er jedes Gesetz, das er dem Reichstage vorlege, daraufhin prüfen müsse, wie es auf die Sozialdemokratie wirken werde. Chlodwig von Hohenlohe schrieb am 6. September 1897 in sein Journal: „... Ich kann nur dann bleiben, wenn ich auch den Gehentwurf bezüglich der Aufhebung des Koalitionsverbots vorlege.“ Fürst Bülow ließ in seiner Not den Steckbrief gegen Eduard Bernstein nur deshalb nicht mehr erneuern, weil er sich einbildete, der „Vater des Revisionismus“ werde nach seiner Rückkehr aus England die deutsche Sozialdemokratie zur Spaltung bringen und damit zur Dohnmacht verdammen. Er hat sich natürlich gründlich geirrt, sowohl in Bernstein wie auch in der Sozialdemokratie. Mit der Zunahme der sozialdemokratischen Anhänger und deren organisierter Kraft wurde die Position Bülows immer schwächer, bis sie unhaltbar geworden war. Herr v. Bethmann-Hollweg mußte ganz offiziell Frieden mit der Sozialdemokratie suchen. Von Herrn Michaelis, dem Zeitgenossen, „wie ich ihn auffasse“, schweigt man am besten. Ebenso von dem ur-uraltalen Herrn v. Hertling. Bring Marx von Baden mußte schließlich einen Sozialdemokraten bitten, das Amt des Reichszanlers zu übernehmen.

Dann hatten wir nacheinander drei sozialdemokratische Reichszanler. Die Herren, die jetzt Deutschland regieren, können keinen Tag länger ihres Amtes walten, als es die Sozialdemokratie gestattet. Und in der Erkenntnis dieser Tatsache flüchten die politischen Kammermusiker seit Wochen Tag für Tag ihre süßesten Melodien: Kommt doch, Ihr Sozialdemokraten, kommt wieder in die Regierung herein. Aber wir mögen nicht, wir haben keinerlei Neigung, die sie — nach ihrem Wahlprüchlein — früher daran gehindert haben, Deutschland wieder groß und stark zu machen. Macht er's wahr, was Ihr dem deutschen Volke im Juni dieses Jahres feierlich gelobt habt! Kurbelt unsere Wirtschaft an! Schafft der Regierung Autorität! Schafft Wohnung! Schafft Wohnungen! Schafft Arbeit! Ihr wolltet es doch — oder haben wir uns etwa alle verlesen und verhöhrt? Ist alles nur optische und akustische Täuschung gewesen? Ist etwa Herr Stresemann nur ein Traumhild? Hat wirklich niemand von Reisenden in Spülklosetts gesprochen?

Hochmut kommt vor den Fall! Drei Möglichkeiten bleiben für die, die im Juni dem Volke das Blaue vom Himmel herunter versprochen haben. Entweder machen sie ihre Versprechungen wahr, dann wollen auch wir sie loben und preisen; oder sie ersuchen die Sozialdemokratie in aller Form wieder zu helfen, weil sie eingesehen haben, daß sie ihre dem Volke gemachten Versprechungen nicht halten können; oder — drittens: sie werden eines Tages vom Unwillen des Volkes hinweggejagt. Es hat gar keinen Zweck und wäre unserer Partei auch unwürdig, eine ganz klare Sache verschleiern zu wollen. Ich bin jetzt überzeugt, daß die Genossen Bauer und Müller, die meine Nachfolger im Amte gewesen sind, sich gar nicht in der behnbaren Weise über den eventuellen Wiedereintritt von Sozialdemokraten in die Regierung, wie es in der Presse behauptet worden ist, geäußert haben. Sie werden genau so präzise gesprochen haben, wie ich etwa zwei Wochen vor ihnen vor den sozialdemokratischen Vertrauensmännern in Kassel. Aus lächerlichen Gründen hat man an ihren Reden zu deuten versucht, um Brücken oder wenigstens schmale Stege zu bauen.

Die namentlich in der Provinzpresse immer wiederkehrenden Andeutungen, als ob es bei uns drängelnde Anwärter auf Ministerposten gäbe, sind lächerlich. Gäbe es solche, dann müßten wir sie schleunigst kaltstellen, denn wer sich heutzutage nach einem solchen Posten sehnt, müßte dümmel sein, als es die Polizei erlaubt und wäre schon deshalb ungeeignet, einen Ministerposten zu verwalten. Der Parteitag wird sich über diese Dinge hoffentlich sehr klar aussprechen. Und noch eins — neben vielem anderen, was hier unerörtert bleiben muß — wird der Parteitag klar zum Ausdruck bringen müssen. Nämlich dies: es muß mit der Reaktion in allen Reichs- und Staatsbehörden so radikal ausgeräumt werden, wie es irgend möglich ist. Die subalterne Auffassung, daß eine solche Auskehr zu viel Geld kosten würde, weise ich — und ich hoffe die ganze Partei mit mir — zurück. Eine gründliche Ausräumung würde gewiß erhebliche Summen verschlingen, aber immerhin ganz erheblich billiger sein als jeglicher Kapp- oder Ordeley-Buß.

Die Säuberung der Behörden muß um so schneller durchgeführt werden, je frecher und verkleumender die Sprache der Presse gegen die Republik wird, und je mehr die Rechtsprechung verlagert. Maßnahmen, wie ich sie hier verlangete, dürften geeignet sein, im Auslande endlich der Ueberzeugung Bahn zu brechen, daß wirklich ein neues Deutschland entstanden ist, daß aus der Monarchie, die uns in Krieg,

Glend, Not und Schande gestürzt hat, eine demokratische Republik geworden ist. Und noch ein weiteres muß geschehen im Interesse unseres Volkes. Es dürfen bei der Auswahl unserer Vertreter im Auslande nur Männer in Betracht kommen, die als ehrliche, überzeugte Republikaner bekannt sind. Andernfalls ist gar nicht daran zu denken, daß das Ausland an ein neues Deutschland glaubt. Das war ja gerade der Fluch unseres alten Regimes, daß der Herr Gesandte oder Botschafter „zwar nicht bedeutend“ zu sein brauchte, wenn er nur „gesellschaftlich gewandt und reich“ war. Solche Monokelaffen taugen aber nicht als Vertreter für die deutsche Republik.

In diesem Zusammenhange will ich auf eine Unterlassungssünde der deutschen Presse, auch der sozialdemokratischen aufmerksam machen, die mir unverständlich ist. Vor mehreren Wochen ging die Botschaft durch die Presse, daß der Reichsjustizminister Dr. Heinke sich nach einem diplomatischen Posten sehne. Herr Heinke hat dann selbst berichtet, daß er sich gar nicht um einen solchen Posten beworben, daß man ihn aber gefragt habe, ob er nicht nach Bukarest als Gesandter gehen wolle! Wer hat Herrn Heinke gefragt, ob er einen Auslandsposten annehmen wolle? Wenn das

ein Mitglied der Regierung gewesen sein sollte, dann hätte es seinen Hauch der neuen Zeit verspürt und stände auf einem Posten, auf den es nicht gehört.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, will ich ausdrücklich sagen, daß ich Herrn Heinke achte und schätze, wie wenige meiner politischen Gegner. Er ist ein tabelloser Ehrenmann und ein sympathischer Mensch dazu. Aber das allein genügt für einen Repräsentanten der deutschen Republik nicht. Die deutsche Republik kann, wie bereits gesagt, nur von einem Republikaner vertreten werden. Herr Heinke aber ist Vertreter einer Partei, die monarchistisch ist, die die republikanische Verfassung in Weimar abgelehnt hat. Einen solchen Mann als Vertreter des neuen Deutschlands in das Ausland zu schicken, wäre ein Possenspiel — nein, wäre angesichts unserer Lage ein Verbrechen.

Alle die, die dem Friedensvertrag von Versailles zugestimmt und später immer wieder versichert haben, daß sie tun wollen, was in ihren Kräften steht, um ihn auch zu erfüllen, haben alle Ursache, die Stimmung im Auslande zu beachten. Ohne Umschwung dieser Stimmung zu unseren Gunsten ist an eine Revision des Friedensvertrages nicht zu denken.

Erster Kongreß der deutschen Betriebsräte.

Zweiter Tag.

Berlin, 6. Oktober.
Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Schaumburg-Berlin eine Erklärung der USPD- und SPD-Fraktion gegen die getrigen Ausführungen Aufhäusers, die er im Anschluß an die Rede des Vertreters der russischen Delegation machte. Graßmann erklärt, daß er sich in allen Teilen den Ausführungen Aufhäusers anschließe, der nur die Würde der deutschen Gewerkschaften gewahrt habe.

In einer stürmischen Geschäftsordnungsdebatte, die sich an diese Erklärung anschließt, wird von radikaler Seite gegen die Vergewaltigung von Gästen protestiert. Ein Vertreter aus Westdeutschland ermahnt die Delegierten, den Kongreß nicht als Kasperle-Theater, sondern als schaffendes Parlament zu betrachten und danach zu handeln.

Schlawa (Hamburg) verwahrt sich gegen die Einmischung von außen in die inneren Angelegenheiten der deutschen Gewerkschaften und weist darauf hin, daß den Russen bereits in Hamburg ein würdiger Empfang bereitet worden ist.

Auf Anregung Graßmanns wird unter minutenlangem Lärm der Opposition die Debatte geschlossen. Nach einer Ermahnung des Vorsitzenden zu positiver und beschleunigter Arbeit entsteht sofort eine neue Geschäftsordnungsdebatte, in der Brecht (Berlin) beantragt, die beiden Vorsitzenden Graßmann und Aufhäuser durch andere zu ersetzen, da sie nach seiner und seiner Freunde Ansicht nicht objektiv genug sind. Drei Anträge auf Schluß der Debatte und Uebergang zur Tagesordnung finden genügend Unterstützung.

Schwind (Berlin), der gegen diese Anträge spricht, bezeichnet den Kongreß als einen von Gottes und Gewerkschaftsbörsen Gnaden zusammengesetzten, der keinen Anspruch darauf machen könne, als Vertretung der Arbeiter zu gelten. Diese Worte lösten einen ungeheuren Tumult bei der Mehrheit des Kongresses aus.

Die Anträge auf Schluß der Debatte werden gegen 30 Stimmen angenommen. Abgelehnt wird der Antrag Brecht auf Neuwahl der Leitung. Neuer Lärm entsteht, als Graßmann die Zuhörer auf der Galerie bittet, sich des Charakters des Gastredners bewußt zu sein. Eine Erklärung vieler Anhänger der U. S. P. D. protestiert dagegen, daß hier Erklärungen in ihrem Namen gegeben werden.

Vorsitzender Graßmann teilt mit, daß eine Deputation des Reichsarbeitslosenrats erschienen ist, die im Namen der Arbeitslosen im Reich eine stimmberechtigte Vertretung verlange. Sollte der Kongreß diesem Verlangen nicht nachkommen, so würde wahrscheinlich eine Demonstration der Berliner Arbeitslosen vor oder in dem Lokal stattfinden. Redner schlägt vor, einem Vertreter des Reichsarbeitslosenrates das Wort zu geben. Darüber entspinnt sich dann eine Diskussion, wonach der Vertreter des Reichsarbeitslosenrates, Schwind das Wort erhält. Er schildert die Lage der Arbeitslosen und bittet den Kongreß, sich der Arbeitslosendebewegung anzuschließen.

Nach kurzer Debatte wird beschlossen, über die Arbeitslosenfrage gleichzeitig mit den Referaten Wissells und Silberdings zu diskutieren.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission ist der Kongreß von 953 Delegierten besetzt, die 65 Organisationen angehören. Mit Ausnahme des Mandats Grune (Magdeburg) werden alle übrigen für gültig erklärt.

Dann tritt der Kongreß in die

Diskussion

über die gestern gehörten Referate ein. Hatte (Hamburg) kritisiert sehr scharf die im Eisenbahnbetrieb immer noch herrschende Bureaucratie, die ein groß Teil schuld an den 17 Milliarden Mark Defizit trägt. Angesichts dieser die Volkswirtschaft schädigenden Tätigkeit muß energisch ein größeres Kontrollrecht der Betriebsräte

gefordert werden. Auf die leitenden Posten in der Verwaltung gehören Volkswirtschaftler und keine Juristen.

Steiner weist vor allem auf die Erziehungspflichten der Betriebsräte hin und fordert im Zusammenhang damit eine gründliche Schulreform und die Schaffung von Lehrwerkstätten für den gewerblichen Nachwuchs.

Wobann gelangt eine große Anzahl von Anträgen zur Berlesung, die u. a. fordern: Ablehnung jeder Forderung der

„korruptierten Idee der Arbeitsgemeinschaften“, Einbringung eines neuen und besseren Betriebsrätegesetzentwurfes durch die Gewerkschaften an die Reichsregierung, Kampf um die Durchführung der Produktionskontrolle und Vorbereitung eines Generalstreiks zur Erreichung dieses Zieles, sofortige Sozialisierung und entschädigungslose Enteignung des Bergbaues, sowie sechsstündige Schicht für die Bergarbeiter.

Ein Antrag Umbreit fordert die Sozialisierung des Bergbaues nach dem Vorschlag I der Sozialisierungskommission.

Vorsitzender Graßmann teilt dann mit, daß die vor dem Kongreß lokal demonstrierenden Arbeitslosen sich nicht damit zufriedengeben, daß ihre Vertreter nur beratende und nicht beschließende Stimmen haben. Er fragt den Kongreß, ob er diesem Drude weichen wolle. Es wird beschlossen, den Forderungen der Arbeitslosen nachzukommen. Weiter beschließt der Kongreß, eine Kommission einzusetzen, die die einlaufenden Anträge zu prüfen hat.

In der fortgeführten Debatte fordert Raß (Berlin) eine gerechtere Einteilung der Steuerlasten und die Einsetzung eines Reichsbetriebsrates, der die ungeheuren Kapitalverschiebungen ins Ausland verhindern soll.

Zur Geschäftsordnung erhält Müller das Wort, der zur größten Ueberraschung mitteilt, daß das Kongreßlokal durch Sicherheitspolizeibeamte vor den Arbeitslosen „besetzt“ wird. Er fordert sofortige Entfernung der Polizei.

Brecht, Graßmann und Dikmann stellen fest, daß die Polizei nicht von der Kongreßleitung gerufen worden sei und auf Grund von Verhandlungen bereits den Rückzug angetreten habe.

Ein Vertreter der Landarbeiter führt die Ernährungschwierigkeiten in der Hauptsache zurück auf den Mangel an Kunstdüngemitteln und auf die bewußte Sabotage der Landwirte. Er fordert die Ausdehnung des Kontrollrechts und größeren Schutz der Betriebsräte.

Nach weiteren unwesentlichen Ausführungen tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittags Sitzung wird die Diskussion durch einen Geschäftsordnungsantrag auf Schluß der Debatte beendet. Nach ausgedehnter Debatte wird dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Im Anschluß daran begründet Schwind vom Reichsarbeitslosenrat die

Forderungen der Arbeitslosen.

Aufhäuser betont, daß Versprechungen an die Erwerbslosen nur dann gemacht werden können, wenn der Kongreß einstimmig auf dem Willen zur Macht besteht. Er bittet, diesen Antrag der während der Vormittagsitzung eingelegten Kommission zu überweisen.

Es folgen dann die Schlußworte, die angesichts der Tatsache, daß kein Widerspruch gegen sie erhoben worden, sehr kurz sind.

Wissell mahnt besonders die Betriebsräte, den Massen der deutschen Arbeiterklasse die Erkenntnis einzuführen, die nötig ist, um unsere Wirtschaft zu sozialisieren und die leider noch in so hohem Maße vermischt wird.

Silberding empfiehlt die Annahme einer Resolution, die den russischen Arbeitern die Sympathie des Kongresses ausdrückt und zur Unterstützung ihres Kampfes die Einstellung jeden Munitionstransportes nach Polen fordert. Er betont jedoch nochmals die Notwendigkeit einer geschlossenen Front der Arbeiterklasse und legt kurz keine prinzipielle Stellung gegen die Arbeitsgemeinschaften klar.

Zur Annahme gelangt sodann ein Antrag Wissell, der die Sozialisierung der dafür reifen Wirtschaftszweige und Stärkung des Einflusses der Hand- und Kopfarbeiter in den übrigen Produktionszweigen fordert. Aus Objekten der Wirtschaft sollen die Arbeiter Subjekt der Wirtschaft werden. Die proletarische Bewegung kann nur dahin gehen, das Verfügungsrecht über die Produktion zu erreichen.

Ferner wird eine Entschließung Silberdings angenommen, in der gefordert wird, daß die Betriebsräte und Gewerkschaften im Verein mit den Arbeiterparteien alle ökonomische und politische Macht der Arbeiterklasse auf die Bewirtung der Sozialisierung konzentrieren. Besonders wird es für notwendig gehalten, alle Vorbereitungen zu treffen, um in dem bevorstehenden Kampf für die Sozialisierung des Bergbaues zum Ziele zu kommen.

Einmütig zur Annahme gelangte eine Entschließung, die die Sympathie für das kämpfende russische Proletariat zum Ausdruck bringt, und die Bestimmungen über die Transportkontrolle enthält.

Ein Vertreter der Arbeitslosen verlangt Abstimmung über die Anträge der Arbeitslosen und verwahrt sich gegen deren Ueberweisung an den Beirat.

Zu einer recht stürmischen und zum Teil ganz unparlamentarischen Debatte kommt es dann, als ein Teil der Kongreßteilnehmer zu Punkt 3 der Tagesordnung „Aufbau und Aufgaben der Betriebsräte“, die Zulassung von Korreferenten verlangt.

Nach einwärtelständiger Diskussion wird der Antrag auf Zulassung von Korreferenten angenommen. Sodann findet nach einer Anzahl von Anträgen zur Geschäftsordnung ihre Erledigung. Gegen 6 Uhr verläßt die Konferenz auf Donnerstag, 8 Uhr morgens.

Gefinnungsumschwung in Frankreich.

Seit der Reise des Staatssekretärs Bergmann nach Paris und der Unterhaltung, die der deutsche Botschafter Dr. Mayer mit dem französischen Ministerpräsidenten bei seinem Antrittsbesuch hatte, ist die Pariser Presse auf einen auffallend anderen Ton gekommen, als bisher. Sie bemüht sich offenbar, dem guten Willen Deutschlands zur Erfüllung des Versailler Vertrages gerecht zu werden, und scheint sich Mühe zu geben, an ein erprießliches Zusammenarbeiten der beiden Nationen zur Wiederherstellung der zerrütteten europäischen Volkswirtschaft zu glauben. Man merkt ihr freilich trotzdem an, daß sie auf ihre übertriebenen Hoffnungen auf die großen finanziellen und wirtschaftlichen Leistungen Deutschlands nicht verzichten möchte, und die Angst vor einer Zukunft, in der man nicht reiflos alle Lasten und Mühen auf das besiegte Deutschland abwälzen könnte, ist überall deutlich zwischen den Zeilen zu erkennen. Man kann eigentlich nicht annehmen, daß die Äußerungen Dr. Meyers an diesem Umschwung schuld sein könnten, denn er hat nichts anderes gesagt, was die deutsche Regierung sowohl wie die deutsche Presse in ihrer überlegenen Mehrheit von Anfang an betont haben: „Daß es uns nämlich durchaus ernst ist mit der Erfüllung des Friedensvertrages, erst bis zur Grenze der Möglichkeit.“ Aber gerade über diesen Begriff des Möglichen gehen die Ansichten bisher weit auseinander, denn die französische Presse wollte durchaus nicht glauben, daß wir nicht mehr das reiche Land von ehemals sind, und daß man sich in Paris ganz übertriebene Vorstellungen von unserer Leistungsfähigkeit macht. Auch wenn Herr Millerand immer wieder betonte, daß der Friedensvertrag von uns „bis auf den letzten Buchstaben“ erfüllt werden müßte, so ließ dieses Wesen auf die französischen Verträge jede Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse vermischen. Der Punkt, um den sich der Streit bisher drehte, ist doch nur der, daß auf der einen Seite der Friedensvertrag Unmögliches von uns verlangt, und daß wir auf der anderen Seite mit dem besten Willen nicht genug geben können, um Frankreich die durch den Krieg angerichteten Schäden vergessen zu lassen. Wenn nun die französische Presse in einem anderen Ton spricht, so geht man wohl nicht fehl, wenn man sich dabei an die Nachricht erinnert, die dieser Tage aus Paris kam, daß nämlich der Präsident der französischen Republik beschlossen habe, fortlaufend die Pariser Presse über seine Absichten zu informieren. Es scheint also, daß er ihr bei der ersten dieser Besprechungen die Mahnung mit auf den Weg gegeben hat, nicht durch allzu schillende Gesinnungen gegen Deutschland die Möglichkeit einer Verständigung von vornherein zu untergraben. Wenn das der Fall wäre, so wäre allerdings ein großer Fortschritt für uns zu verzeichnen, und wir könnten die berechtigten Hoffnungen hegen, daß ein wirklicher Friede, ein Friede der Besinnung in absehbarer Zeit auch zwischen Frankreich und Deutschland an die Stelle des latenten (verborgenen) Kriegszustandes treten wird. Wir können letzten Endes Leistungen nur noch durch unsere Arbeit, nicht aber durch unser Vermögen, das nicht mehr vorhanden ist, bestreiten. Der Deutsche kann arbeiten, wenn er will. Und wir wollen, weil wir müssen. Wenn die Franzosen das einsehen und danach handeln, dann ist der Weg zu einer verträglichen Zukunft gebahnt.

Eine neue Note der Entente.

Die Durchfahrt durch den Nord-Ostsee-Kanal.

Der Botschafterrat in Paris hat Dienstag in einer Sitzung unter dem Vorsitz Jules Cambons beschlossen, das Verhalten des dänischen Dampfers am Ausgang des Kieler Kanals als eine Verletzung des Artikels 380 des Friedensvertrages zu betrachten. Dieser Artikel leiht allen Mächten im Kriege wie im Frieden für die freie Durchfahrt durch den Kanal die deutsche Gewährung. Der deutschen Regierung soll eine Note in dieser Angelegenheit überreicht werden.

Anmerkung des Wolff-Bureaus: Wie schon wiederholt mitgeteilt wurde, sieht die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß das im § 380 des Friedensvertrages vorgezeichnete Recht der freien Durchfahrt durch den Kieler Kanal nicht ausschließt, daß beim Verkehr von Handelsschiffen durch den Kanal die deutschen Neutralitätsvorschriften zur Anwendung gebracht werden.

Die ungeheuerlichen Besatzungskosten.

27,6 Milliarden Mark jährlich. — Eine radikale Milderung dringend erforderlich.

Der Reichsrat hat am Mittwoch nachmittags zur Erhaltung des Reichs des Ausschusses über den Haushaltsplan des Reichsfinanzministeriums eine Besetzung anberaumt, jedoch erklärte sich der Berichterstatter außerstande, ein Referat zu erstatten, weil in der Zwischenzeit bekannt geworden ist, daß sich riesige Erhöhungen der Ausgaben für Besatzungstruppen erforderlich machen. Der Berichterstatter stellte infolgedessen die Anfrage an den Minister, welche Bewandnis es mit dieser Erhöhung habe, und wie hoch sich nach der Ansicht des Ministers der Gesamtaufwand stellen würde. Der vom Reichsfinanzminister gegebenen Erklärung ist folgendes zu entnehmen: Bei der Aufstellung des Etats im Februar 1920 fehlte jede sichere Grundlage. Eine Anfrage bei der Abteilungs-Kommission über die Stärke der Besatzung, über ihre Bedürfnisse an Geld, Verpflegung, Wohnung, Verbandsgegenständen u. s. w. blieb bis heute unbeantwortet. Die nur indirekt möglichen Feststellungen über die Besatzungsstärke ergaben die Ziffer von etwa 130 000 Mann. Die von den Besatzungsmächten geforderten Barzahlungen für den Unterhalt der Besatzungstruppen, die sogenannten Marinierschüsse, erreichten von Ende Dezember 1918 bis Ende August 1920 die Summe von 2 313 097 603 Mk. Für Lieferung von Verpflegung und Futtermitteln bis zum gleichen Zeitpunkt wurden etwa 110 000 000 Mk. verausgabt. Außerdem ergab sich auf Grund von im September abgeschlossenen Erhebungen, daß die bis Ende März 1920 angefallenen Quartierrequisitionserschuldigungen auf den Gesamtbeitrag von über 5 000 000 000 Mk. veranschlagt werden mußten, der zum überwiegenden Teil erst im Rechnungsjahr 1920 zur Zahlung kommt. Diese Beträge stellen aber nur einen Teil der tatsächlichen Kosten dar. Der überwiegende Teil der von den

Besatzungsmächten verausgalteten Beträge für Besoldungen und bezahlte Requisitionen steht noch aus. Für die Schätzung der Höhe dieser Zahlungen ist das Reichsfinanzministerium, da es bisher keinerlei offizielle Aufstellungen erhalten konnte, ausschließlich auf Zeitungsnachrichten angewiesen, für deren Zuverlässigkeit keine Gewähr gegeben werden kann. Der Bericht des französischen Abgeordneten Loucheur, den er namens der französischen Budgetkommission der französischen Kammer am 14. Juni 1920 erstattete, und dessen authentischer Wortlaut der Reichsregierung erst vor kurzem zugeht, schätzt die Kosten der Besatzungsarmee bis 1. Mai 1920 auf 4 Milliarden Goldmark, was dem Betrage von

40 Milliarden Papiermark

entspricht. Es ist hierbei nicht ersichtlich, ob Loucheur lediglich die Kosten der französischen Besatzungsarmee oder die Gesamtkosten der Besatzung im Auge hatte. Geht man von dieser Voraussetzung aus, so ergibt sich eine monatliche Ausgabe von 2,8 Milliarden Mark, d. h. eine Jahresausgabe von 27,6 Milliarden Papiermark. Wenn wir demnach nur 15 Milliarden im Etat einlegen, so geschah dies in der Erwartung, daß die ganze Besatzungsfrage einer radikalen Milderung unterzogen werden wird. Der Reichsrat verlangte hierauf über alle Einzelheiten und Ursachen der hohen Besatzungskosten eingehenden Aufschluß und verwies den Etat des Reichsfinanzministeriums an den Ausschuß zurück.

Vor dem Friedensschluß im Osten.

Die Nachricht des „United Telegraph“ daß der Vortrieb zwischen Polen und Rußland bereits unterzeichnet sei, hat sich als unrichtig herausgestellt, wohl aber unterdrückt, wie man der „Frankfurter Zeitung“ ans Riga drahtet, Domb ski und Soffie, die beiden Führer der Friedensdelegationen, Dienstagabend ein Protokoll über die bisherigen Verhandlungen. Da man jedoch zu einer Verständigung über alle grundlegenden Fragen gekommen ist, werde voraussichtlich am Freitag der Vertrag über den Waffenstillstand und die Friedenspräliminarien unterzeichnet werden.

Die wankende Sowjetherrschaft.

Nach Meldungen Stockholmer Blätter nimmt in Kreisen der Sowjets die Beunruhigung täglich zu. Die roten Truppen, die an der südrußischen Front den Rückzug angetreten haben, sind durch Hunger und andere Entbehrungen völlig demoralisiert und laufen scharenweise zu dem Gegner über. Die Bemühungen Trotskys, in den sibirischen und östlichen Provinzen neue Truppen auszuheben, sind gescheitert. Überall erheben sich die Bauern, und selbst die Arbeiter weigern sich entschieden, militärischen Dienst zu tun. Die Arbeiterchaft in Moskau und Petersburg droht mit dem Streik und plündert die Fabriken, in denen sie zur Arbeit gezwungen wird. Die bolschewistische Presse bringt täglich alarmierende Berichte über die Lage an der Front.

Außergerichtliche Erschießungen.

Die außergerichtlichen Erschießungen durch die Moskauer Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution, Spekulation und Diebstahls (die sog. Tscheka) haben nach einer Meldung des „Ost-Express“ aus Helfingsfors wieder in erheblichem Umfange eingesetzt. Die Moskauer „Iswestija“ bringen in Nummer 206 eine Liste von 15 Personen, darunter vier Frauen, die auf solche Weise erschossen worden sind. Als Grund der Erschießung wird angegeben: in sieben Fällen Spionagedienste zugunsten der russischen weißen Armee und der polnischen Armee; in vier Fällen Fälschung von Lebensmittelkarten oder deren gefehlwidrige Beschaffung für spekulative Zwecke und in vier Fällen Veruntreuung von Geld und Lebensmitteln durch Beamte. — Ueber außergerichtliche Erschießungen von 27 Personen auf Veranlassung der lokalen „Tscheka“ wird in derselben Nummer der „Iswestija“ auch aus Tschernigow berichtet. — Unter den dort Erschossenen zur Last gelegten Verbrechen befand sich unter anderem der Versuch, die Familie des Brangellischen Premierministers Krimoschin, mit Hilfe gefälschter Passausweise nach dem Ausland zu schaffen.

Eine neue englische Note an Sowjet-Rußland.

Nach dem „Daily Telegraph“ soll die britische Regierung die Absicht haben, eine neue Note nach Moskau zu senden. Diese wird sich mit der Frage der noch in Baku und anderen Orten zurückgehaltenen englischen Gefangenen und mit der bolschewistischen Propaganda im Orient befassen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Einberufung des Reichstages zum 19. Oktober.

Der Reichstagspräsident Loebe ist Mittwoch nach Berlin zurückgekehrt. Die erste Sitzung des Reichstages wird auf Dienstag, den 19. Oktober d. J., einberufen werden.

Kein neues Steuerprogramm im Reich.

Die aus Münchener Zeitungen in die Presse gelangte Nachricht, daß der Reichsfinanzminister eine neue große Steuerreform plane, die eine Mehreinnahme von 15 Milliarden bringen soll, ist, wie nach der Hoff. Ztg. von zuständiger Stelle verlautet, unrichtig. Der Reichsfinanzminister plant vielmehr einseitigen nur, eine bescheidene Erhöhung der Einkommen des Reichsnotariats und der Vermögenszuwachssteuer durchzuführen und durch äußerste Sparsamkeit die Ausgaben des Reiches zu verringern.

Das vorläufige Ergebnis der Waffenablieferung.

Das Ergebnis der Waffenablieferung in den ersten 10 Tagen wurde auf einer Sitzung des parlamentarischen Beirates vom Reichskommissar für die Entwaffnung bekanntgegeben. Es wurden abgeliefert:

- 122 000 Gewehre und Karabiner,
- 913 Maschinengewehre,
- 239 Maschinengewehrpistolen,
- 17 Geschütze,
- 11 Minenwerfer,
- 13 Flammenwerfer,
- 3 666 000 Handwaffenmunition,
- 14 931 Hand- und Gewehrgranaten,
- 111 000 Handgranatengürtel und Sprengstoffe.

Eine große Anzahl von Waffenteilen, darunter 8 Geschützrohre, 76 Geschützverschlüsse, 151 Richtvorrichtungen, 3500 Maschinengewehrläufe, 4850 Maschinengewehrpistolen, 19 200 Gewehr- und Karabinerläufe und ferner 19 300 Schläger.

Wieder eine „rote Armee“.

Durch die Unvorsichtigkeit des Geschäftsführers der Organisation Oberig für die Provinz Sachsen und Anhalt, der keine

Attenmappe verlor, erhält die Öffentlichkeit abermals Kunde von der deutschen „Roten Armee“. Diesmal besteht sie nach dem Spitzwille der Oberig aus 248 000 Katgarbisten mit (genau), 6000 Gewehren, 40 Maschinengewehren, 12 Revolverkanonen, 8000 Handgranaten, 6000 Pistolen und (ausgerechnet) 140 000 Schuß Infanteriemunition. Sie ist eingeteilt in 10 Kommandos. Jeder wird nicht gesagt, wie diese und die 248 000 Mann sich in die Waffen teilen, oder ob jede Gruppe sie adwechselnd auf längere oder kürzere Zeit wärmt.

Durch das vorzeitige Bekanntwerden dieser famosen neuen Phantastik der reaktionären Oberig geht leider der Rechtspreffe wieder ein sehr schönes Seksmaterial verloren. Wie schade!

Koalitionskrise in Bayern.

In Bayern ist eine Koalitionskrise entstanden. Die Koalitionsparteien des Landtages sind von der neuen Erklärung der Bayerischen Volkspartei über ihre Bamberger Programmpunkte nicht befriedigt. Die Demokraten haben ein Schreiben an den Ministerpräsidenten gerichtet mit der Bitte um Austunft, ob er sich an die Bamberger Programmpunkte bei seiner Regierungsführung gebunden erachtet oder nicht. Die Koalitionsparteien der Bayerischen Mittelpartei und des Bayerischen Bauernbundes haben sich ebenfalls gegen das Bamberger Programm der Bayerischen Volkspartei erklärt und es als einen Verstoß der Koalitionsvereinbarungen bezeichnet.

Stillelegung der bürgerlichen Zeitungsbetriebe in Berlin.

Die „Telegraphen-Union“ meldet: Vom Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungsgewerbe wurde beschlossen, die Setzer, Drucker, Falzer usw. nunmehr vor die Entscheidung zu stellen, ob sie ihre Arbeit wieder vollständig verrichten wollen oder nicht. Da das technische Personal an seiner Arbeitsverweigerung festhält, sehen sich die Berliner Zeitungsverleger zur Entlassung ihres gesamten gewerblichen Personals gezwungen. Die Berliner bürgerlichen Zeitungen können daher nicht erscheinen.

Der Streik im Berliner Elektrizitätswerk beendet.

Der Streik der Maschinisten und Setzer des Kraftwerkes Moabit ist beendet. Die Arbeit ist bereits wieder aufgenommen worden. Die Abgabe von Strom aus dem Moabitwerk erfolgte noch im Laufe von Mittwochabend. Die Arbeitszeit des beschäftigten Personals, soweit es unter den Umständen der Braunkohlenkrisisverfeuerung zu leiden hat, z. B. der Setzer, der Schladenzieher und der Kohlenbahnwärter, wird auf sechs Stunden täglich herabgesetzt, solange die durch die Brennstoffverursachten Unbehände nicht behoben sind. Mit dem Einbau einer Entstaubungsanlage im Kesselhaus 1 des Werkes Moabit soll unverzüglich begonnen werden. Der Magistrat bewilligte bereits die dafür erforderlichen Mittel. — Wie der „Telegraphen-Union“ von den Siemenswerken mitgeteilt wird, ist die Nachricht von einem Streik in Siemensstadt unzutreffend. Der Betrieb hat nur durch die umfangreichen Verkehrsstörungen infolge des Streiks der Elektrizitätsarbeiter geringe Störungen erlitten. Das Kraftwerk Siemens arbeitet in vollem Umfange.

Eine Demonstration der Berliner Arbeitslosen im Lustgarten.

Im Berliner Lustgarten versammelten sich Mittwoch vormittag tausende von Arbeitslosen. Zwischen 11 und 1/2 12 Uhr löste sich die Versammlung auf und bildete einen Demonstrationzug mit roten Fahnen, der sich in völliger Ruhe durch die Straßen der inneren Stadt bewegte.

Ein gerichteter Verleumder.

Vor dem Schwurgericht in München fand Mittwoch die Verhandlung gegen den Münchener Schriftsteller Fried. Fiedla wegen Beleidigung des Reichspräsidenten statt. Der Reichspräsident hatte sich der von der Staatsanwaltschaft erhobenen Anklage als Nebenkläger angeschlossen. Die beleidigenden Äußerungen waren in einer Sondernummer des politischen Wochens „Phosphor“ enthalten, das der Angeklagte verantwortlich herausgab und das unmittelbar nach den Reichstagswahlen sein Erscheinen einstellte. Fiedla bestritt in der Sondernummer, die sich ausschließlich mit dem Reichspräsidenten, insbesondere mit seinem Privatleben beschäftigte, den Reichspräsidenten der Trunkenheit, des Besuchs unwürdiger Lokale, Verschwendung u. a. Der Angeklagte spielte mehrfach darauf an, daß der Reichspräsident ein ständiger Besucher einer berühmten Berliner Nachtbar gewesen sei. In der Beweisaufnahme konnte der Angeklagte zu den Behauptungen keinerlei Beweise liefern; er hatte auf Nennung von Zeugen überhaupt verzichtet. Dagegen wurde durch die Zeugen des Nebenklägers, Ministerialdirektor Dr. Meißner, den Leiter des Bureaus des Reichspräsidenten, den Hausinspektor des Reichspräsidenten, Tappe, und den Geschäftsführer der Kolibri-Bar die völlige Haltlosigkeit der Beleidigungen dargetan. Der Vertreter der Anklage rief deshalb dem Angeklagten, durch unumwundene Erklärung auf Grund der vollwirkamen Beweisaufnahme die Vorwürfe mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück zu nehmen und die Kosten des Verfahrens zu tragen. Nachdem der Angeklagte diese Erklärung abgegeben und ausdrücklich hervorgehoben hatte, daß er sich von der objektiven Unwahrheit der gegen den Reichspräsidenten erhobenen Vorwürfe überzeugt habe, betonte der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Konrad Haußmann, daß der Reichspräsident nur seine bürgerliche Ehre habe schützen wollen und im öffentlichen Interesse hätte schweigen müssen. Nachdem dieser Zweck durch die Beweisaufnahme und durch die Erklärung des Angeklagten erfüllt sei, könne der Reichspräsident den Grundsat, „Gezeiten dürfen nicht geterret werden“ gelten lassen. Er nehme daher die Anklage zurück und schenke dem Angeklagten die Strafe. Das Gericht beschloß hierauf die Einstellung des Verfahrens. — Der freche Verleumder hat diese Mißbe wenig verdient.

Die Drohung mit dem Reich.

Bei den Beratungen der Fraktion der Deutschen Volkspartei in Weimar ist die Hoffnung ausgesprochen worden, daß die Demokraten und das Zentrum in der Reichsregierung ihre Parteifreunde in Preußen zwingen würden, zu schleunigen Neuwahlen in Preußen zu schreiten.

Man will also durch einen Druck vom Reich aus die bürgerlichen Koalitionsparteien in Preußen zwingen, sich auf die Koalitionspolitik im Reich umzustellen. Wir wissen nicht, ob die Demokraten und das Zentrum in Preußen sich diesem Druck unterwerfen werden. Aber Druck zeugt Gegenruck. Die bürgerliche Koalition im Reich regiert von Gnaden der Sozialdemokratie; versucht sie gewaltsam auf Preußen überzugreifen und sofortige Neuwahlen in Preußen herbeizuführen, dann könnte es leicht geschehen, daß umgekehrt die preußische Sozialdemokratie auf die Sozialdemokratie im Reich einwirkt, schleunigt auch Neuwahlen im Reich herbeizuführen, was schließlich allzu schwierig sein würde.

Die Koalitionsparteien in Preußen haben den Wahltermin ohne jede Rücksicht auf die Parteikonstellation nach sachlicher Erwägung des Standes der notwendigen Gesetzgebungsarbeiten angelegt. Einem unsachlichen Druck werden sie hoffentlich zu begegnen wissen.

Kleine politische Nachrichten.

Nach einer Meldung des „Temps“ sollen die direkten Handelsbesprechungen zwischen Deutschland und Frankreich am 23. Oktober in Paris wieder beginnen.

Der Reichspräsident hat im Hinblick auf die Notlage in den Kreisen der Schriftsteller der deutschen Schillerstiftung aus dem Dispositionsfonds eine jährliche Beihilfe von 5000 Mark bewilligt.

Nach den nunmehr abgeschlossenen Etatsarbeiten für 1920 beziffert sich der Fehlbetrag der Reichseisenbahnverwaltung auf rund 14,4 Milliarden. Hinzu tritt noch der Bedarf im außerordentlichen Haushalt von etwa 2 Milliarden, jedoch der Zuschußbedarf 1920 im ganzen etwas über 16 Milliarden betragen wird.

In der Wolligung des haptischen Landtages wurde Mittwoch der Antrag der Unabhängigen auf sofortige Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Eisenberger nach länger und lebhafter Besprechung gegen die sozialistischen Stimmen abgelehnt.

Sechs Millionen Geschlechtskranke werden jetzt in Deutschland geschätzt. Jede zehnte Person würde demnach syphilitisch sein. Es wird deshalb die Anzeigepflicht aller Geschlechtskranke verlangt.

Der Ausnahmezustand ist auf die ganze Slowakei ausgedehnt worden. In Preßburg und anderen Orten ist ein Generalstreik ausgebrochen.

Die ausländischen Telegraphenarbeiter in Amsterdam haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Die englische Regierung hat über Irland die Blockade verhängt. Sie hat ein Einfuhrverbot für alle nach Irland bestimmten Waren, Nahrungsmittel ausgenommen, erlassen, das bereits Mittwoch in Kraft getreten ist.

Die türkischen nationalistischen Truppen unter Kiamit Karabikir Pascha haben die armenische Grenze überschritten und dringen unaufhaltsam in das Innere des Landes vor. In Armenien herrscht große Aufregung, da man über keine Truppen verfügt, die man ihnen entgegenstellen kann.

Nach einem Telegramm aus Dnassit haben die französischen Truppen am 1. Oktober die Stadt eingenommen. Die Hauptlinge der umliegenden marokkanischen Stämme haben ihre Unterwerfung angeboten.

Die Hungersnot in China kostet, wie „Politiken“ meldet, täglich etwa 1000 Menschen das Leben. Ungefähr 30 Millionen Menschen leiden unter der Hungersnot.

Tschecho-Slowakei.

Die deutschen Sozialdemokraten der Tschechei gegen Moskau. Nach dreitägiger, meist sehr stürmischer Verhandlung beschloß der Parteitag der deutschen Sozialisten der Tschechoslowakei in Karlsbad mit 293 gegen 144 Stimmen, dem Reichenberger Programm, das der dritten Internationale in Moskau entspricht, nicht zuzustimmen, sondern durch eine Kommission zu versuchen, einen Weg zu finden, um die Spaltung in der sozialdemokratischen Partei zu verhindern. Demgemäß wurde ein fünfzehngliedriger Ausschuss gewählt. Auf dem Parteitag gab Wagon nach einer Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen namens 350 000 Mitglieder die Erklärung ab, daß diese den Anschluß an die dritte Internationale entschieden verweigern.

Einberufung der Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung ist zum 26. Oktober einberufen worden.

Belgien.

Generalstreik der Bergarbeiter.

Der Generalstreik der belgischen Bergarbeiter wurde proklamiert. Gegen 60 000 Arbeiter sind in den Ausstand getreten. In den Grubenbezirken von Mons wurden von den Arbeitern Kohlenzüge angehalten und in die Luft gesprengt. Militär ist zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach den Grubendistrikten abgegangen.

Spanien.

Generalstreik der Metallarbeiter in Bilbao.

Die Metallarbeiter-Gewerkschaft von Bilbao beschloß den Generalstreik. 35 000 Arbeiter feiern. Alle Fabriken und Metallschmelzen stehen still. Es arbeiten nur die zur Instandhaltung der Hochöfen unentbehrlichen Arbeiter. Es herrscht Ruhe.

Vereinigten Staaten.

Verhaftung eines Wittichuldigen an dem Wall-Street-Attentat.

Nach einem Bericht der „Central News“ aus New York wurde Montagabend ein Russe namens Florian Zelinsky in Pittsburg verhaftet unter dem Verdacht, bei dem Anschlag in der Wallstreet beteiligt gewesen zu sein. Er leistete bei seiner Verhaftung heftigen Widerstand. In einem Koffer trug er eine große Menge Dynamit bei sich. Auf dem Wege nach dem Polizeibureau erzählte er, daß der Anschlag in der Wallstreet nur ein Anfang sei, und daß die nächste Tat furchtbar sein würde. Zelinsky, der in Brooklyn wohnt, verließ am Tage des Wallstreet-Attentats seine Wohnung mit einem Koffer. Die Polizei stellte fest, daß er früher in einer Dynamitfabrik tätig war.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 7. Oktober.

Achtung, Arbeiter-Jugend! Der für kommenden Freitag, den 8. Oktober, angesagte Nichtabend fällt umständehalber aus. Nächste Zusammenkunft Sonnabend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, zwecks gemeinsamen Abmarsches zum Stiftungsfest Marii nach Neu-Lauerhof. Sonntag morgen 10 Uhr Museumsbesichtigung ab Bürgerverein, Königstraße 25. Nachmittags 2 Uhr: Spiele auf dem Mühlenbrink, abends: Monatsbesprechung im Gewerkschaftshaus.

Stadttheater. Freitag wird zum letzten Male „Madame Butterfly“ gegeben. Am Sonnabend wird Lessings „Weiter Aufbruch“ gegeben. Im Sonnabend wird Lessings „Weiter Aufbruch“ gegeben. Im Sonnabend wird Lessings „Weiter Aufbruch“ gegeben.

Diebesgut? Angehalten wurde ein hier wohnhafter Händler, der bei einem Uhrmacher 2 sehr wertvolle silberne Kartoffelschüsseln bzw. Schalen, von denen die eine mit einem Deckel versehen ist und zwei silberne Schlüssel, ein G. S. und G. St. M. U., zum Kauf anbot. Zweifellosermaßen die Sachen aus einem Diebstahl her und wird der rechtmäßige Eigentümer ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Festgenommen wurde ein hiesiger Händler, der in bringendem Verdacht steht, in R. Mühlen bei Schwartau einen größeren Posten Hafer gestohlen zu haben. — Festgenommen wurden zwei Hensge und ein auswärtiger Arbeiter, die vor einiger Zeit in der Kronsfelder Allee einem Wächter ein Schwein gestohlen, eine Strecke fortgetrieben und hinter einem Gebüsch abgetrieben.

haben. — Es wurden ferner in Berlin ein Arbeiter und ein Steinmetz aus Danzig festgenommen, die in der Nacht zum 18. September versuchten, ein heftiges Goldwarengeschäft auszuraubern, bei diesem Versuche aber gefaßt wurden. — Festgenommen wurde ein aus der hiesigen Strafanstalt geflüchteter Strafgefangener, welcher sich nach Gredensmühlen begeben hatte und sich dort versteckt hielt. Von nach dort hin entlaufene Kriminalbeamten konnten er unter dem Gerümpel eines Hauses entdeckt und festgenommen werden.

Einbruchdiebstahl in der Schule. Mittels Einbruchs wurden aus der Schule am Brolingsplatz in der Nacht vom 5. zum 6. Oktober gestohlen: eine Trittrahmaschine, Marke Original Victoria, eine helle Geige mit schwarzlackiertem Korpus, der innen mit blauelem Futter ausgefächelt war. Ferner zwei Geigenbögen und aus sieben Klassenjimmern sämtliche Vorhänge; dieselben sind etwa 3 Meter lang und cremefarbig.

Trabemünde. Mieterversammlung. Die für Donnerstag einberufene Mieterversammlung, der Mieter kann erst am Sonnabend, dem 9. d. Mts., stattfinden.

Angrenzende Gebiete. Bezirksparteitag.

Die Delegierten werden ersucht, die Anmeldungen zur Wohnungssuche so bald als möglich zu vollziehen. Die Delegierten, die sich schon im Frühjahr gemeldet haben, müssen die Meldung wiederholen.

Bei der Anmeldung ist anzugeben, wann die Delegierten in Kiel eintreffen, ob am 8. oder am 7. November.

Am 6. November findet abends 8 Uhr im Lichtsaal des Gewerkschaftshauses, Zimmer 7, eine Begrüßungsfeier statt, zu der alle Teilnehmer des Bezirksparteitages hierdurch herzlich eingeladen sind.

Otto Eggerstedt, Kiel, Fährstraße 24, Zimmer 4.

St. Stokelsdorf. In der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins gab der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal. Der Kassenbestand betrug 883,14 Mark. Der Mitgliederbestand beträgt 421. Genosse Mathylen gab den Bericht über der Kassenabrechnung des Vizepräsidenten. Eine Diskussion fand hierüber nicht statt. Von Seiten des Vereins war Genosse Wilhelm aus Kiel geladen, um einen Vortrag über das Bildungswesen zu halten. Er streifte die Menschheitsgeschichte von der Urzeit an und zeigte, wie die herrschenden Klassen gegenüber der arbeitenden Klasse stets im Vorteil gewesen sind. Die Lehre hieraus sei aus den Verhältnissen von selbst zu ziehen, wenn man das Wort: Wissen ist Macht! zu würdigen wisse. In der Diskussion bedauerte Genosse Stoff den schlechten Besuch der Versammlung. Die Arbeiter seien zu gleichgültig. Wenn auch zeitweilig ein Erwachen der Menschheit zu bemerken sei, so halte es doch nicht stand. Die Menschen seien zu leicht gewöhnter Gleichgültigkeit anheim. Genosse Loew sprach im gleichen Sinne und forderte die Genossen auf, den Bildungszirkel beizutreten. Wir müßten für Heranbildung unserer Jugend sorgen, damit diese später nicht dem Leben so gleichgültig zusehen wie es heute bei vielen älteren Genossen der Fall ist. Den Bericht vom Gemeinderat gab Genosse Glöe, außerdem berichtete Glöe über die Schulverhältnisse.

Hamburg. Verhaftung ungarischer Flüchtlinge. Die „Volkszeitung“ meldet: Der Dampfer „Kong Sigurd“, von Schweden kommend, hat ungarische politische Gefangene an Bord, die hier ins Untersuchungsgefängnis abgeführt worden sind, unter anderem befindet sich ein ungarischer Schriftsteller darunter, der seinerzeit als Volksrichter tätig gewesen ist. — Leuchtgasvergiftung. Das am Bahnhofs 7 wohnende, 60 Jahre alte Ehepaar Hubenholz fand man bemußlos in den Betten liegend auf. Die Wohnung war mit ausgebreitetem Leuchtgas gefüllt. Da kein Gasrohr geöffnet war, kann das Gas nur durch eine schadhafte Stelle der Leitung entwichen sein. Bei dem Manne waren alle Bemühungen umsonst, er war bereits tot, die Frau, die schwache Lebenszeichen von sich gab, liegt im Krankenhaus.

Hamburg. Zur Wohnungsnot. Im letzten Jahre sind insgesamt 5800 Wohnungen neu geschaffen worden. 16 000 Wohnungen sind vorhanden, eine Zahl, die sich seit zwei Monaten auf der gleichen Höhe hält, was seitens der Behörde als ein gutes Zeichen angesehen wird. Ein Umzug darf ohne Erlaubnis des Kommisars nicht stattfinden. Tausch von Wohnungen wird genehmigt, muß aber ebenfalls angezeigt werden; es darf jeder Mann nur eine Wohnung haben; in der Presse dürfen Angebote von Wohnungen nur gegeben, wenn Name und Adresse beigefügt ist. Möblierte Zimmer fallen nicht unter die Verordnung; Zwangsquartierungen beziehen sich nur auf die nackten Wohnungen, nicht aber auf die Möbel.

Hamburg. Todessturz bei der Arbeit. Am Dienstag ereignete sich in der Borgfelderstraße ein schwerer Unglücksfall. Auf dem Dache eines vierstöckigen Hauses arbeitete der Mechaniker Reimers. Mithlich verlor er den Halt und stürzte vom Dache herab. Er starb bald darauf.

Hamburg. Ein Skandal auf der Rennbahn. Nach dem Siege von Atella im Auster-Hürdenrennen zu Hamburg-Horn kam es zu einem Tumult. Bei der Rückkehr zur Woge griff das Publikum mit Steinen und Schirmen den Jockey Brown an, den Reiter der geschlagenen Favoritin Diplomatie, so daß dieser flüchten mußte. Die Menge drang dann in das Wagengebäude ein und bedrohte auch die Vorstandsmitglieder. Berittene Gendarmen und Sicherheitspolizei konnten mit Mühe nach einer halben Stunde die Ruhe wiederherstellen.

Hamburg. Einen nachahmenswerten Beschluß zur Verbilligung der Kartoffeln haben 17 Gemeinden des Kreises Stabe gefaßt. Sie wollen die Kartoffeln an Minderbemittelte des Kreises Stabe für 12 Mark den Zentner und an die übrigen Arbeiter für 15 Mark abgeben.

Mitosa. In Akt und Mann. Wie die „Volkszeitung“ mitteilt, ist auf Beschluß des Bezirksvorstandes der U. S. P. der Stadtverordnete Kottcher aus der Partei ausgeschlossen worden, weil er nicht vor Herrn Lenin — in Ehrfurcht ersterbend — auf die Knie gekniet ist. K. will aber sein Stadtverordneten-Mandat nicht abgeben.

Kiel. Streik auf den Howaldtswerken. Die Aus-sperrung der Mieter, Stiemmer und Bohrer hat zur Stillelegung der Werft geführt. Die Verhandlungen am 1. Oktober verliefen ergebnislos, weil von Seiten der Direktion den Mietern bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit angeboten wurde. Dem Betriebsrat wurde am Schluß der Sitzung erneut die Leistung von Streikarbeit zugemutet. Weil entsprechende Ablehnung erfolgte ordnete die Direktion am 6. Oktober für den gesamten Schiffbau die Verkürzung der Arbeitszeit von 8 auf 4 Stunden täglich an. Zu dieser rigorosen Maßnahme der Direktion nahm die Arbeiter-schaft in einer Betriebsversammlung Stellung. Mit übermäßiger Mehrheit wurde die Arbeitseinstellung beschlossen. Eine allgemeine Vertrauensmännerkongress aller Werften beschloß, daß die in Arbeit stehenden lebigen Kollegen 15 Mark und verheiratete 10 Mark wöchentlich an den Streikfond abführen sollen. Die Howaldtswerke haben am Mittwoch ihren sämtlichen Arbeitern wegen der Niederlegung der Arbeit und des Verlassens der Arbeit-sstätte die Entlassung ausgesprochen.

Burg a. B. Der Segen der freien Wirtschaft. Auf der 49. Hauptversammlung der Landwirtschaftsämter wurden die Landwirte aufgefordert, ihr Getreide reiflos abzuliefern. Wie die Landwirte auf unserer Insel die Aufforderung befolgen, kann man daraus erkennen, daß hiesige Getreidehändler kein oder nur wenig Korn bekommen und gezwungen sind, ihre Geschäfte zu schließen. Der Grund liegt wohl darin, daß den Landwirten die Preise noch

nicht hoch genug sind. Sie verzehren das Getreide lieber auf ihrem Boden und warten höhere Preise ab. Mit Vieh wird hier auch großer Wucher getrieben. Schweine werden mit 15 Mark und mehr pro Pfund Lebendgewicht verkauft und verschoben. Auch auf die Aufforderung der Vorstandsmitglieder, die Kartoffelpreise in möglichen Grenzen zu halten, pfeifen die Landwirte. Sie verkaufen die Kartoffeln mit 35 Mark und darüber pro Zentner so wie sie aus der Erde kommen. Wie die Landwirte ihre Verpflichtungen einhalten, dafür folgendes Beispiel: Die hiesigen Landwirte haben sich im Frühjahr verpflichtet, für die Stadt Kartoffeln anzubauen, jetzt, wo der freie Handel wieder waltet, halten die meisten sich nicht mehr an diese Verpflichtung gebunden und die Stadt kann leben, wo und wie sie Kartoffeln bekommt.

Waren l. Medl. Schnaps wollen wir brennen! Auf dem hiesigen Bahnhof standen mehrere Tage lang fünf Waggons Kartoffeln ohne nähere Angabe der Bestimmung. Der Betriebsrat der Eisenbahner stellte Nachforschungen an, die ergaben, daß die Kartoffeln für die Brennerei Federow bei Waren bestimmt seien und zu Spelt verarbeitet werden sollten. Die Eisenbahner verweigerten den Transport, weil es gute Speisekartoffeln seien, die der Volksernährung entzogen würden. Der Wähler lag sich neuzumachen, wenn die Kartoffeln nicht festgehalten werden sollten, so an die Wirtschaftsstelle Berlin zu senden. Um aber ganz sicher zu gehen, benachrichtigten die Eisenbahner die Behörden in Berlin.

Güstrow. Die Organisation der Kartoffelkäufer zum Vorzugspreis von 19 Mark an die einheimische Bevölkerung wurde von der hier tagenden Kommission wie folgt beschlossen: Alle Kartoffelbauern haben von ihrer selbstbewirtschafteten Kartoffelanbaufläche 8 Zentner vom Morgen abzuliefern. Darunter sind auch diejenigen Kartoffelbauern verstanden, welche Kartoffeln nur für den eigenen Bedarf und nicht zum Verkauf anbauen. Diesen muß es überlassen bleiben, einen etwaigen dadurch eintretenden Fehlbedarf durch Ankauf zu decken.

Rostock. Der Abmarsch nach Moskau. Die unabhängigen Führer haben auf dem Landesparteitag in Bükow mit 37 gegen 9 Stimmen den Abmarsch nach Moskau beschlossen. Daß die Massen folgen werden, ist hierzulande ganz ausgeschlossen.

Brate. Eine Eierhandarante ins Fenster geworfen. Ein niederträchtiges Subenkind ist bei einem Herrn Deppe begangen worden. Die Hausbewohner wurden morgens durch einen starken Knall aufgeschreckt. Sie fanden das nach der Straße liegende Wohnzimmer voller Pulverdampf und ölig verwickelt. Das Mobiliar war zertrümmert und auf dem Schreibtisch kranken Papier und ferner die Gardinen. Es wurde festgestellt, daß von der Straße her eine Eierhandarante ins Zimmer geworfen worden war. Zum Glück wurde niemand verletzt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Bremen. U. S. B.-Duelle. In einer Polemik gegen die „Generalkorrespondenz“ schreibt die „Arbeiter-Zeitung“: „Wer am Wege haut, muß sich gefallen lassen, daß selbst Hochkronen in ihn anstoßen! Deshalb wollen wir dieses Elaborat, durch welches die geistesarmen Verleumder hoffen, Proselyten für Moskau zu machen, einfach niedriger hängen! Nur vollendete Hochkronen, die nicht einmal deutsch lesen können, könnten einen klaren Satz bezart umfassen, daß sie das hineinlegen, was außer dem Schreiber kein einziger Leser herausgelesen hat, um so weniger, als doch die einleitenden Sätze der „Buchtalsimpfplanone“ auch für Volkstoten keine Zweideutigkeit enthalten konnten!“ — Das ist deutlich und grob. „Dat fine, dat fine, dat will dor nich rin“, sagen manche Leute.

Oldenburg. Todesurteil. Der Schlachter Rupp, der am 14. Januar das Ehepaar Janssen in Südwacht in bestialischer Weise ermordete, wurde vom Schwurgericht zweimal zum Tode verurteilt.

Neueste Nachrichten.

Eisenbahnerstreik im ober-schlesischen Industriebezirk.

II. Ranzin, 7. Oktober. Seit Mittwoch morgen ist hier ein Eisenbahnerstreik ausgebrochen. Den Anlaß dazu gab die durch bemastete Polen erfolgte Verhaftung des Materialienverwalters Görlisch. Falls der Streik nicht in kürzester Frist beigelegt wird, wollen weitere Eisenbahnstationen sich mit Ranzin solidarisch erklären und gleichfalls den Dienst einstellen.

Schlügereien auf einem Erntefest.

II. Hannover, 7. Oktober. Gelegentlich eines Erntefestes kam es im Nachbarorte Brink zu schweren Ausschreitungen. Einzelne Flieger hatten sich auf dem Fest ansetzend unbeliebt gemacht und wurden erfaßt, das Fest zu verlassen, leisteten aber diesem Erlaßung nicht Folge. Schließlich kamen ihre Kameraden zu Hilfe und gingen nunmehr mit blanker Waffe auf die Zivilisten los. Verschiedene Personen wurden verletzt, einige schwer.

Stimmensammlung für die Wahl einer neuen Stadtvertretung.

II. München, 7. Oktober. Der hiesige Bürgerrat hat vor einigen Tagen eine Stimmensammlung für ein Volksbegehren nach neuen Wahlen für die Münchener Stadtgemeinde eingeleitet, um die sozialistische Mehrheit zu beseitigen. Wie mitgeteilt wird, sollen in zwei Tagen bereits 30 000 Unterschriften abgegeben worden sein. Im ganzen sind 90 000 Unterschriften notwendig.

Die Brüsseler Finanzkonferenz.

II. Brüssel, 7. Oktober. Die Konferenz geht ihrem Ende entgegen. Die Kommissionen haben gestern ihre Beratungen beendet. Präsident Ador empfing gestern die Vertreter der Presse und teilte mit, daß die Verhandlungen im Geiste der Verständigung geführt wurden und mit guten Ergebnissen beendet seien. Sämtliche Resolutionen seien einstimmig angenommen worden, und es sei daher zu hoffen, daß sie in der heutigen Plenarsitzung die Billigung der gesamten Konferenz finden würden. Die Konferenz werde wohl am kommenden Freitag ihre letzte Sitzung abhalten.

Grippe-Epidemie.

II. Paris, 7. Oktober. Bereits vor einigen Tagen brachten die Blätter die Mitteilung von dem Ausbrechen häufiger Grippe-Erkrankungen. Gestern morgen wurde nun erklärt, daß die Grippe-Epidemie in Paris-Lafayette ist.

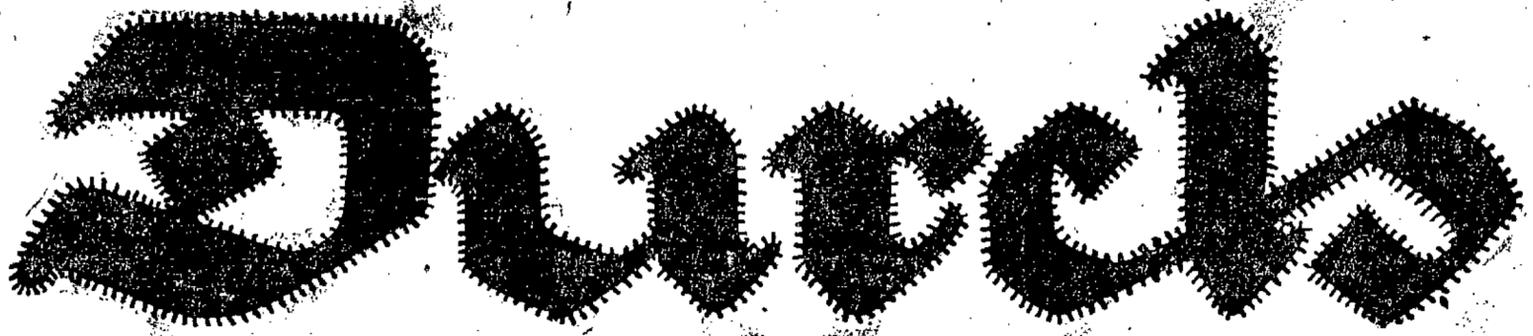
Die Verhandlungen zwischen Moskau und London verschoben.

II. London, 7. Oktober. Wie „Evening Standard“ meldet, sind die Unterhandlungen über die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen London und Moskau auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Briefkasten.

• Müllabfuhr. Da Sie das Gefäß wieder „an den Wagen bringen“, noch vor den Eingang des Grundstückes bereitstellen“, hat der Abfuhrunternehmer zweifellos Anrecht auf eine höhere Gebühr. Bei der Unklarheit der Verhältnisse sollten Sie eine Entschädigung des Postbeamten herbeiführen.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Otto Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Hermann Bauer. Verleger: Heinz Steinberg, Druck: Friedr. Meyer & Co., Sämtlich in Lübeck.



Direkten Einkauf in den einschlägigen Industrie-Bezirken
können wir wiederum ganz Ungewöhnliches bieten

Wir verkaufen im II. Stock ausserordentlich billig

Gardinen, Decken und Möbelstoffe

und offerieren soweit Vorrat:

- Gardinen-Fallen
Erbstütl u. engl. Tüll ... Meter 9.75 u. 6.75
- Scheiben-Gardinen
weiß u. farbig, bis 60 cm breit Mtr. 12.75 8.75
- Gardinen-Tülle
glatt, weiß, ca. 90 cm breit ... Meter 11.75
- Gardinen-Mulle
weiß bestickt, doppelt breit ... Meter 16.75
- Halb-Stores aus Erbstütl
mit reicher Bändchenarbeit ... Stück 88-
- Künstler-Garnituren engl. Tüll,
2 Schals u. Querbehang ... 165.- 118-
- Madras-Garnituren
reich bestickt mit Franse, steilig 245-
- Bettvorleger
aus starkem Zellstoff 13.75
- Bettvorleger
Fell-Imitation 19.75

Auf den Auslage-Tischen:

Gardinen-Reste

und Fabrik-Abschnitte
bis 2 1/2 m lang

durchweg Meter

5.75

- Waffel-Bettdecken
weiß, reine Baumwolle 39.75
- Tüll-Bettdecken
2bettig mit Volant 145-
- Steppdecken
gute Stoffe, gute Füllung, teils
durch Dekoration gelitten ... 175.- 95-
- Tischdecken
Jacquardgewebe mit Franse 98-
- Möbelbezugstoffe
rein. Material, mod. gemustert, Meter 36.75
- Kattun-Stoffe
gemustert, für Vorhänge Meter 9.75
- Rouleau-Köper u. Damast
weiß, elfenbein, gold, braun,
doppeltbreit Mtr. 29.- 26.75
- Haargarn-Läufer
90 cm breit, einfarbig rot, grün,
braun, aus reinem Material ... Meter 24.75

ca. 3000 Mtr.
Gardinen-Stoffe
doppeltbreit
modernster Ausmusterung
mit und ohne Bordüre
Meter 34.75 24.75 u.
16.75 Mk.

Deutsche Teppiche
in modernen Mustern

Haargarn reines Material	Zellstoff in erprobter Qualität
390.- 575.-	345.- 175.-

Im Erfrischungsraum:
Während der Nachmittagsstunden **Künstler-Konzert.**

Holstenhaus

Lübeck

Aus einer Muster-
Kollektion

Diwan- Decken

aus reinem Material
Perser und Verdure-Muster
ca. 150 x 300 cm
durchweg
275 Mk.

Lübecker Mandolinen-Klub v. 1911.

Mandolinen-Konzert
am Sonnabend, dem 9. Oktober, abends 7 1/2 Uhr,
im Marmorfaal. 7790

Jeden Freitag
und Sonntag:
Weißer Engel Gr. Ballmusik
Station der Straßen-
7779) Bahnlinie 1.

Gewerkschaftshaus
Jeden Freitag
und Sonntag:
Groß. Tanzfränzchen.
Damen Eintritt frei.

Fahrradreparaturwerkstatt
Lübeck, Heimstätten 41, E. Lange.
Jede Reparatur wird schnell und billig ausgeführt.
Sämtliche Ersatzteile auf Lager.
An- und Verkauf von gebrauchten Rädern. (7813)

Krantheiten
sowie veraltete Leiden sind
oft heilbar durch moderne
Griffnach. Facharzt Dr. med.
102. H. Frost, Rostock,
Reihelstraße 2. Sprech-
stunden 9-10 und 2-3 Uhr.

Wärmer. Meine beiden
Kinder, Grete
und Willi, 4 und 6 Jahre,
litten viel an Wärmern.
Herr Frost, Rostock, heilte
und befreite sie beide davon
in kurzer Zeit. (7500)
Wilhelm Kannecker,
Eigow, Am Answahl 6.

Blau Drell u. Köper

Baumwolle

für Arbeitsjacken
und Hosen p. Meter **16.75** Mk.

Ein sehr billiges Angebot!

August Haerder & Co.

Lübeck. 7810

Oesterreicher. Freitag und Sonntag: 7798
Sonnabend, dem 9. Okt.,
abends 7 1/2 Uhr.
Versammlung im Bürger-
verein, Königstraße 25.
Tagesordnung: 1. Warum
müssen wir uns organisieren?
Ref.: Köhler-Dambg 2. Wir
und die Naturabhebung?
Ref.: Schneller 3. Die Ber-
nauer Männer der Tisch-
St. Republik. Ref.: Spitz-
kopf, Hamburg. (7792)
Laudel erscheint in Massen.
Schubh. ab. ehem. Oesterri.

Waisenhof Tanz.

Verein der Musikfreunde.
Donnerstag, 7. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr
Vollständiges Konzert
im Gewerkschaftshaus.
Leitung: Kapellmeister Oswald.
Eintrittspreis à Person 1.50 Mk. 7797

Visitenkarten
fertigt an
Friedr. Meyer Co.
Johannisstraße 46.

Morgen, Freitag, 8. Okt.,
7 1/2 Uhr abends:

Gr. Preis-Skat
im Restaur. Fr. Schröder,
Dankwartstraße 13, gegen-
über d. Zentralhallen. (7815)

Mieterschutzverein
c. v.
Lübeck. 7808

**Oeffentliche
Versammlung**
in
Travemünde
am Sonnabend, 9. Okt.,
abends 7 1/2 Uhr
im „Kolosseum“.
Tagesordnung:
Mietssteigerungen u. Woh-
nungsnot.
Zahlreichen Besuch aller
Mieter und deren Ange-
hörigen erwartet.
Der Vorstand.

Prima-Wechsel
in Block.
Zu beziehen
Fr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Fledermans
8 Uhr
(7801)

Hania-Theater.
Heute 7 1/2 Uhr:
Zum letzten Male:
Der große Lustspielersieg.
Willis Frau.
Zeit. Familienst. i. 3. Akt
Freitag, 7 1/2 Uhr:
(4. B. Fr. Boll-Ab. 2. B.
Halb-Ab. Serie II) (7784)
Budenzauber.
Der neue Operett-Schwank
Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
Zigeunerliebe.
Operette in
3 Akten v. **Lehar.**

Stadttheater Lübeck.
Donnerst. 8. Okt. 4. B. i. G.
Ab. Minna v. Barnh. 7 1/2 U.
Freit. 9. Okt. 5. B. i. G.
Ab. Madame Butterfly. 7 1/2
Sonnab. 10. Okt. 6. B. i. G.
Minna v. Barnhelm. 7 1/2 U.
Sonnt. 11. Okt. 7. B. i. G.
Minna v. Barnh. 2 1/2 U.
Rat. a. d. Theater. (7786)
Der letzte Walzer. 7 1/2 Uhr.

Bayern!

Die Blätter melbten gleichzeitig die Verurteilung des bayerischen kommunistischen Landtagsabgeordneten Eisenberger zu zwei Jahren Gefängnis wegen Aufreizung und die Tatsache, daß der bekannte Sexualforscher Dr. Magnus Hirschfeld, nach einem Vortrag in München überfallen und so schwer verletzt worden ist, daß er ins Krankenhaus überführt werden mußte.

Die Verurteilung des Abgeordneten Eisenberger ist augenscheinlich erfolgt, ohne daß man auf seine Immunität als Abgeordneter Rücksicht genommen hat. Man hat ihm in eine Verurteilung nach Traunstein drei Polizeibeamte mit einem bereits vorher ausgestellten Haftbefehl nachgeschickt, sodas der aufreizende Charakter seiner Rede für den Staatsanwalt feststand, ehe sie gehalten war. Die braven Polizeibeamten haben denn auch in den Ausflügen Eisenbergers die Aufforderung zu Gewalttätigkeiten festgehalten und ihn verhaftet, aber nicht in Traunstein, sondern erst auf dem Bahnhof in München, damit er vor die „unerblicklichen“ Münchener Richter käme.

Nach dem Ueberfall auf Dr. Magnus Hirschfeld hat man natürlich niemand verhaftet. Die deutschnationalen Heldekümmel, die sich an dem alten und wehrlosen Gelehrten vergreifen haben, sei es, weil er Jude ist, sei es, weil sie die Wissenschaft überhaupt nicht leiden können, werden ganz gewiß nicht in das Gefängnis zu wandern brauchen. In dieser Beziehung kann man alles Vertrauen zu dem Münchener Polizeipräsidenten Pöhner haben, dessen ganze Kraft von der Verfolgung der Revolutionäre und der Juden in Anspruch genommen wird.

Auf dem jüngsten bayerischen Landesheichen der trotz Spaas nicht aufgelösten Einwohnerwehren und Ortschaftsverbände hat das Oberhaupt dieser bewaffneten Reaktionsbanden, Fortsmelster Eicherich, stolz verkündet: Bayern sei der feste Ordnungsstaat in Deutschland. Vielleicht hat er dabei daran gedacht, daß bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni in München mehr kommunistische Stimmen abgegeben worden sind, als in ganz Groß-Berlin und Brandenburg. Oder vielleicht hat er im voraus gedacht, daß die U. S. P. D. in München im Gegensatz zu allen anderen Teilen des Reiches, wo die Richtungen sich die Waage halten, mit riesiger Mehrheit sich für Moskau entschieden hat.

Bayern ist freilich ein „Ordnungsstaat“, aber im alten monarchistischen Sinne. Die ganze Staatsgewalt dient ausschließlich dem Kampfe gegen die Arbeiterklasse in allen ihren Richtungen und Schattierungen, während die gute nationale Gesinnung vor jeder Verfolgung schilt. In Bayern kann man Hochverrat gegen das Reich und gegen die Republik treiben, ohne irgendeine Bestrafung durch die Behörden und Gerichte befürchten zu müssen. Nur wenn gelegentlich das Reichsgericht, unter Umgehung der bayerischen Regierungsbehörden, direkt eine Hausfuchung anordnet, kommt der Standeslose Zustand ans Tageslicht, daß die reaktionären Kreise Bayerns in aller Offenheit mit Frankreich, mit Ungarn, Rumänien konspirieren, um einen monarchistischen Donaubund aufzurichten, um Bayern vom Reiche loszureißen, um das Reich selbst so zu schwächen, daß es eine leichte Beute der Reaktion und des Auslandes wird.

Die gegenwärtige bürgerliche Reichsregierung steht diesen Zuständen in Bayern nicht nur mit freundlicher Duldung, sondern mit herzlichem Wohlwollen zu. Im Wettbewerb mit Frankreich errichtet das Deutsche Reich bei Bayern wie bei einem fremden Staat eine diplomatische Mission. Die bayerischen Ortschafts-Deute fanden den vollen Beifall des Reichsministeriums des Innern, und es ist ein offenes Geheimnis, daß der „Demokrat“ Koch sehr unglücklich war, als der Sozialdemokrat Severing in Preußen kurzer Hand mit der Ortschaft aufräumte.

Die ganze preussische Reaktion schaut mit bewundernder Liebe nach Bayern. Dieselben Männer, die früher im Preußenbund den Mund gewaltig gegen Bayern aufrißen, fordern jetzt die Besetzung der sozialdemokratischen Minister in Preußen, um auf diese Weise die reaktionäre Einheitsfront mit Bayern wieder herzustellen. Natürlich ist ein derartiger Versuch aussichtslos. Preußen mit dem Ruhrrevier, mit Groß-Berlin und den anderen riesigen Industriebezirken kann nicht nach dem Rezept der Reaktion regiert werden, ohne daß es sofort zur Katastrophe kommt. Aber auch die Machtposition der Arbeiterklasse in Preußen darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Gefahr der Gegenrevolution

in Bayern von Tag zu Tag wächst. Wer Deutschland wahrhaft liebt, mußte sie mit dem Aufgebot höchster Energie im Interesse der schwergefährdeten deutschen Einheit bekämpfen.

Einen Sarg für Moskau!

Zu den vielen Urteilen über die Lage der Arbeiterschaft in Sowjet-Rußland und zu den wiederholten Aeußerungen Dittmanns und Crispitens kommt nymmehr eine weitere Mitteilung von einer Seite, die gewiß als unerblicklich angesehen werden kann. Einer der Ausgewanderten, der Arbeiter Bruno Grimm, hat nämlich nach seiner Rückkehr nach Deutschland an die in Blauen erscheinende unabhängige „Volkszeitung für das Vogtland“ ein Schreiben gerichtet, in dem er seine Erlebnisse schildert. Grimm schreibt darin u. a.:

„Als Mitvertrauensmann und als juristischer Kolonnen-Arbeiter könnte ich es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, der Wahrheit und dem Rechte nicht zu Hilfe zu eilen. Wenn ich es tue, so wird, dessen bin ich fest überzeugt, ein guter Teil des linksstehenden Proletariats Steine auf mich werfen, wie es schon im Falle Dittmann zu sehen ist. Ich bin aber auch davon überzeugt, daß ein anderer Teil anderer Ansicht wird, wenn dieser Teil nicht gerade zu denen gehört, die, wie Gumblich, Junke, Blücher, Walter und andere, auf Kosten der Interessengemeinschaft „Anleitung Ost, Ost Leipzig“, der kommunistischen Partei, sowie im deutschen Rat zu Moskau sich Vorteile verschaffen. Diese Herren wollen verhindern, daß der Schleier gelüftet wird, weil das für sie verhängnisvoll werden kann.“

An die deutschen Arbeiter ergeht folgende Warnung Grimms: „Nehme jeder gleich seinen Sarg mit; das andere werde ich Ihnen! Ich sage: Wer die Sache in Rußland kennt und sich nicht drückt, der ist verrückt. In Rußland nennen sich Kommisars, Unterkommisars und „Bonzen“ Arbeiter. Ein ehrlicher aufrichtiger Arbeiter mit dem besten sozialistischen Willen wird in Rußland zum Sklaven. Kommt in Rußland ein Arbeiter mit einem Vorschlag oder Rat mehrmals oder in „unpassender“ Form an die Diktatoren herangeht, so wird er zum Konterrevolutionär gestempelt und läuft Gefahr, an die Wand gestellt zu werden und mit der Kugel Bekanntschaft zu machen. Mit diesen Verhältnissen hatten auch wir Kolonnen-Arbeiter uns abzufinden. Wir waren freilich vorsichtig genug, um das Letzte nicht auch noch erleben zu müssen.“

Natürlich wird auch dieser betrogene deutsche Arbeiter unter den Moskowitern der U. S. P. D. Prediger in der Wüste bleiben. Er wird es bald erfahren müssen, daß man ihn ebenso als „Arbeiterverräter“ und „Feind des russischen Proletariats“ achtet, wie es den Crispian, Dittmann und anderen ergangen ist.

Bolschewistische Arbeitsfreiheit.

Wie es mit dem Grundrecht — der Freizügigkeit — in Sowjet-Rußland aussieht, zeigt ein Beschluß, den der 9. Kongreß der bolschewistischen Partei Rußlands im April 1920 zu Moskau gefaßt hat und den wir einer in Wien erschienenen Sammlung der Kongreß-Beschlüsse (Verlag der Arbeiterbuchhandlung) entnehmen. Er lautet:

15. Arbeitsdektion.

In Anbetracht dessen, daß ein erheblicher Teil der Arbeiter, auf der Suche nach besseren Verpflegungsbedingungen, nicht selten aber auch zu Zwecken der Spekulation, eigenmächtig die Unternehmen verläßt und von einem Orte an den anderen übersteht, wodurch der Produktion weitere Schläge zugefügt werden und die allgemeine Lage der Arbeiterklasse verschlechtert wird, stellt der Kongreß eine der dringendsten Aufgaben der Sowjet-Macht und der Gewerkschaftsorganisationen im planmäßigen, systematischen beharrlichen, strengen Kampf mit der Arbeitsdektion, in besonderen durch Veröffentlichung von Straflisten der Deserteure, durch Strafkommandos aus Deserteuren und endlich durch Einsperren der Deserteure in ein Konzentrationslager.

Der Arbeiter, der sich eine bessere Arbeitsstelle zu suchen wagt, wandert hinter Stacheldraht! Das ist der „Idealzustand“ für das Proletariat in Rußland.

Aus dem Freistaat Lübed.

Donnerstag, 7. Oktober.

Die drei Frauen.

In den Schaufenstern der Läden sind sie ausgestellt, die drei Frauen aus dem Volke. Mit abgehärmten Gesichtern, schlaffen Armen, abgemagerten, von der Arbeit verkrüppelten Händen. Zeugen des Glends und des Jammers, der seit unendlichen Zeiten durch die Welt schreitet, in den vergangenen Jahren neben den Hingemordeten im Weltkrieg der Opfer unzählige gekostet hat und heute noch fordert. Anlägerinnen der schrecklichen Not, des Wuhers, Zeugen unserer sterbenden Weltordnung. Auf ihren Armen halten die Frauen drei Nachkömmlinge, denen der Stempel unserer Tage auf die Stirn gedrückt ist: das Rainszeichen der Entbehrung, die schon den Säugling des Armen verlorft. Wirklich, keine schönen Bilder, die zum Jammern einladen. Aber sie entstammen einer schönen Seele, einem mitfühlenden Frauenherzen, einer Frau, die das traurige Leben der Proletarierfrauen und Proletarierkinder kennt, es so wiedergibt, wie es sich ihrem Innersten eingepreßt hat. Käthe Kollwitz hat den Radierstift ergriffen, tritt als Anlägerin der Gesellschaft auf. Ihrer Brust entströmt der soziale Aufschrei, ihr, der Frau des Berliner Arztes, der Künstlerin, der Malerin, der Musikerin im Streit gegen Wucher und Ausbeutung. Alle drei vielen Arbeiter haben ihren Ursprung beim Schaffenden Volke, bei den trotz unermüdbarer Tätigkeit ständig Entbehrten. Käthe Kollwitz ist ein Königsberger Kind und die Schwester Konrad Schmidts, des Mitarbeiters am „Vorwärts“.

Die Bilder sollen der Menschheit ins Gewissen reden, sollen dem Wucherer das Ergebnis seines traurigen Handelns deutlich machen. „In der Sprechstunde des Kinderarztes“ lautet die Inschrift. „Der Arzt weiß, daß es für diese Kinder nur eine Rettung gibt: gute Pflege! Wohl deshalb sind die Glendsbilder auch in verdienstvollen Schlachtläden ausgestellt, schauen die abgehärmten Frauen und Kinder auf die schönen Auslagen von Speck, Schinken, Rippespeck, Schmelnebraten, Dellkatekwickeln und was es alles sonst noch gibt — für diejenigen Menschen, die sich damit den Bauch füllen und die dafür bezahlten teuren Preisse wieder auf diejenigen Wahren schlagen, die sie wieder verdöhren. Sie müssen den Ausgleich schon zu finden. Natürlich, eine traurige Selbstverpottung ist kaum mehr möglich. Wie lautet doch der Text weiter unter dem Bilde? „Die Mütter können aber ihre Kinder nicht pflegen, weil sie nicht die Mittel dazu haben. Der Wucherer treibt die Preise der Lebensmittel in unerhörte Höhen.“ — „Alle Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden nehmen Anzeigen entgegen“ — wo sind sie?

Man müßte schon die ganze Sippchaft ins Loch fieden, und wird es noch tun müssen, anders kommen die Volksverderber doch nicht zur Bestrafung.

Die Versammlung der Bürgerschaft am Montag, dem 11. Oktober 1920, hat folgende Tagesordnung zu erledigen. I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Schaffung von neuen Beamtstellen bei der Kriminalpolizei u. m. h. a. 2. Erweiterung der Feuerwache in der Hanjastraße. (Mündlicher Kommmissionsbericht.) 3. Außerordentliche Beihilfe an Erwerbslose. 4. Altersunterstützung an den Bureaugehilfen Silberg. 5. Altersunterstützung für den Friedhofswärter Hase. 6. Altersunterstützung für den Friseurmeister Krauß und den Arbeiter Wulff. 7. Nachbewilligung für die Senatstanzler für das Rechnungsjahr 1919. 8. Verlängerung der Amtsdauer der Beisitzer des Gewerbegerichts. 9. Verstärkung der Mittel für das Miete-einigungsamt. 10. Abänderung der Verordnung über die Erhebung eines Brückengeldes für die Herrenbrücke. 11. Entwässerung von Ländereien zwischen der Schönbröckenerstraße und der Ziegelstraße sowie in Niendorf. 12. Nachbewilligung für die Fortverwaltung im Wirtschaftsjahr 1920. 13. Weiterbeschäftigung von Parkmäktern. 14. Bewilligung eines Vorschusses für den Ankauf von Ziegelsteinen. 15. Gewährung von Baudarlehen. 16. Beschaffung von Baumaterialien. 17. Erneuerung des Innenaufsichts der Lübeder Badeanstalt. 18. Verkauf des Grundstücks Hixtorf-Allee Nr. 41 an den Maurermeister August Basel. 19. Nachbewilligung auf die Mittel für Wohnungsbauden. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses.) 20. Vergütung für Ueberstunden von Lehrern. 21. Erhöhung der Gebühren beim Schlachthof. 22. Verstärkung der Mittel für das Allgemeine Krankenhaus. 23. Kostgelbtarife der Heilanstalten. 24. Erhöhung der Gewerbesteuer. 25. Erhebung von Zuschlägen zur Grunderwerbsteuer. 26. Erlass eines Gesetzes über die öffentliche Feuerversicherungsanstalten.

Jesus von Holthausen.

Roman von Wilhelm Lennemann.

12. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Seine Augen brennen wie im Fieber, Wilhelm, du sollst dich zu Bett legen.

Mir war nie wohler denn jetzt, versicherte er. Aber er hat in den Tagen kein Buch mehr angeschaut, sondern in die weiten Himmel gesehen und in den Wald gelauscht, wie er wuchs, und den Käfern zugehört, die da im Grase beschäftigt waren. Bei einem Finkenpaar war er zu Gast, das sich sein Nestlein baute, und er meinte nicht anders, er müsse ihnen helfend zueigeln und Halme herbeitragen in brüderlicher Liebe.

So gingen die letzten Ferientage hin und die Schule tat ihre Tore wieder auf.

Vierzehn Tage mochten ins Land gegangen sein, den Abschülern war ihre Wildheit und auch ihre Scheu genommen, sie sahen schon geordnet und gestittet in ihren Bänken, und hielten ihre Klappermäulchen in Ruhe. Nun malten sie Kirichen auf ihren Tafeln.

Der Lehrer betrieb indes mit den Kindern der Oberstufe Religion. Er wiederholte die Urgeschichte: Schöpfung, Paradies, Sündenfall, Cain und Abel, Turmbau zu Babel.

Da öffnete sich die Tür und der Pfarrer trat ein. Unterrichten, Sie in Ruhe weiter! hat er.

Der Lehrer legte ihm die Listen vor und öffnete den Klassenkahn, in dem die Feste der Schüler aufbewahrt wurden. Dann wandte er sich wieder den Schülern zu, fragte in großen Zügen den Stoff ab und ließ ihn von einzelnen Kindern zusammenfallen.

Der Pfarrer sah am Pult und hörte zu. Plötzlich stuzte er. Er hörte:

Die beiden Schöpfungsgeschichten, die uns im ersten und zweiten Kapitel Moses erzählt werden, entstammen zwei verschiedenen Sagenkreisen, die erste einer priesterlichen, die zweite eine mehr bäuerliche Quelle. Daraus sind ihre Widersprüche zu erklären. Es sind Schöpfungsgeschichten, wie jedes Volk solche aufweist. Die Männer der damaligen Zeit wußten keine andere Erklärung für die Entstehung der Welt. Heute wissen wir, daß die Welt und die Menschen nicht in ihrem jetzigen Zustande und in dieser Vollkommenheit auf ein Wort hin geschaffen, sondern daß sie in Millionen von Jahren allmählich geworden und noch dauernd der Veränderung unterworfen sind.

Aber dieses Werden ist durch Gottes Kraft hervorgegangen. Er hat den Keim zu unserem Wachstum in uns gelegt. Und daß die Welt und die Menschen immer besser, vollkommener und erkenntnisreicher werden, das ist das Wunder der Schöpfung und ist Gottes Werk! —

Ich dankel tief es vom Pult; wollen Sie etwas rechnen lassen! Bitte Bruchrechnung und auch einige Zinsaufgaben. — Die Kleinen können mir indes wohl nach Hause schiden. . . .

Die Kinder waren bei der Sache; sie rechneten gut, die Antworten waren durchweg zufriedenstellend.

Danach mußte Schröder noch ein Gebicht behandeln und Geschichte vorführen. Der Mittelstufe war ein kleiner Ausflug gegeben: Die Wiese im Frühling.

Der Pfarrer sah die Feste durch, machte seinen Vermerk in den Lehrbericht und prüfte dann die Niederchriften der mittleren Jahrgänge.

Dann wandte er sich an den Lehrer: Ich danke, lassen Sie abtreten!

Schröder sprach ein kurzes Schlußgebet und entließ die Schüler.

Der Pfarrer stand am Fenster und sah stumm hinaus, als präge er das Urteil, das er dem Lehrer sagen wollte.

Dann wandte er sich um: Herr Schröder, ich habe mit wieder einen Ueberblick über den Stand Ihrer Klasse verschafft. Die Listen sind ordnungsmäßig geführt, die Feste lauber. Die Aufträge der Oberstufe gut, frei von Schablone, einige sogar vortrefflicher Eigenart. Auch an dem, was Sie mir im Rechnen, Deutsch und Geschichte vorgeführt haben, wühlte ich nichts Besenliches auszuweisen. So könnte ich sagen: Ich bin zufrieden, sehr zufrieden! Doch da ist ein großes „Aber“. Herr Schröder, ich sehe nicht als Pfarrer, sondern als Ihr Disziplininspektor vor Ihnen, der auf Befolgung der Ihnen von der königlichen Regierung vorgeschriebenen rechten Behandlung der Lehrstoffe zu achten hat. Was Sie den Kindern aber von der Schöpfungsgeschichte, oder von den Schöpfungsgeschichten, wie Sie zu lehren besteben, erzählen, dürfte in keinem religiösen Lehr- und Unterweisungsbuche stehen. Wie Sie als Mensch über die ersten Kapitel Moses denken, interessiert mich augensichtlich nicht; aber ich muß von Ihnen als Lehrer erwarten, daß Sie in diesem Sinne nicht weiter unterrichten, sondern sich im Rahmen der üblichen Anschauungen halten. Haben Sie denn gar nicht bedacht, daß Sie da den Kindern revolutionäre Ideen einpflanzen, die in unbesonnenen Köpfen nur Unheil anrichten können?!

Unheil hoffe ich nicht gesät zu haben, aber wenn meine Worte und mein Religionsunterricht dazu beitragen sollten, in der erwachenden Kinderseele die Bestimmung auf Gott, Welt und sich

selbst gewekt zu haben, so würde ich zufrieden sein; da wäre viel erreicht!

Sind Sie sich denn nicht bewußt, daß Sie da zerstören, was Sie bauen und pflegen sollten?

Wenn das gute Korn reifen und wachsen soll, muß das Unkraut ausgerissen werden! — Ja, Herr Pfarrer, Unkraut ist's vielfach, das uns Lehrern zu läen übergeben wird. Und das füttert in die Kindesseele zu läen, weigere ich mich. Ich will dem Verstande, auch dem kindlichen, keine Fesseln anlegen. Nichts rächt sich bitterer, denn die Unterbindung jeder selbständigen, vernünftigen Regung. Ich mache aus meinem Klassenzimmer keine Dunkelkammer!

Herr Schröder, Sie zwingen mich, über Ihre Worte zu berichten, wenn Sie mir nicht die bindende Erklärung abgeben, fürder Ihren Religionsunterricht dem alten Glauben wieder anzuweisen!

Das kann ich nicht! Was Allgemeinut der gebildeten Welt gemindert ist, soll der Volksschule nicht verlohren bleiben. Sie ist kein Aßenputtel! Auch das Volk ist reif und mündig, und ich eigne mich nicht zur Rolle eines Volksbetrügers!

So gebe ich Ihnen mein letztes Wort: In acht Tagen geht der Bericht über meine Wistation an den Kreisinspektor. Sie haben bis dahin Zeit, die Angelegenheit zu bedenken. Wenn Sie einlenken und die Wege verlassen wollen, die Sie augensichtlich beschreiten, so begeh ich Ihnen in meinem Amtszimmer an einer diesbezüglichen Erklärung zur Verfügung.

Er wartete einen Augenblick; als der Lehrer ihm keine Antwort gab, wandte er sich mit einem kurzen „Guten Morgen!“ und verließ die Schule.

Der Lehrer atmete tief auf. Sein Herz war ruhig. Er hatte getan, was er mußte, in seinem und der Schule Interesse. Er war froh, daß er treu geblieben war, sich und der Wahrheit.

Er legte die Feste in den Schrank, verschloß die Listen und trat den Heimweg an.

Seinen Eltern verchwieg er, was vorgefallen war, kein vorläufiger Vater, seine besorgte Mutter würden sich geängstigt und ihm mit Klagen und Vorwürfen überschütten haben. Er mußte allein tragen, was er sich aufgebürdet. Und er hoffte, die Last wohl ans Ziel zu bringen.

Und es kam ihm auch in den folgenden Tagen nicht der Wunsch, durch einen Bittgang zu dem Disziplininspektor seiner Seele die Befürchtung kommender Kämpfe zu nehmen. Er wußte, daß schwere Tage, ja vielleicht Nöte kommen würden; aber er war nicht gewillt, seiner Tage Wohlgeborgenheit durch Freigeld zu erkaufen.

Fortsetzung folgt

Namensänderung. Der Senat hat dem Journalisten Hermann Heinrich Robert Lorenz den Familiennamen Lorenz verliehen und ihm die Vornamen Robert Hermann beigelegt.

Erhebung von Zuschlägen zur Grunderwerbsteuer. Ueber diese Frage hat die Steuerbehörde an den Senat einen Bericht erstattet. Sie schlägt vor, die zulässigen Zuschläge zur Grunderwerbsteuer von 2 Prozent des steuerpflichtigen Wertes alsbald einzuführen und legt einen Gesetzentwurf dazu vor. Die Zuschläge sollen von Finanzamt gleichzeitig mit der Grunderwerbsteuer festgesetzt und in bestimmten Zeitabständen an die Stadtkasse abgeführt werden. Man schlägt die Einnahmen des Staates aus diesen Zuschlägen einschließlich des 50prozentigen Anteils aus der Grunderwerbsteuer pro Jahr auf 900 000 bis 1 000 000 Mark. Daß diese Abgaben während auf den Grundstücksverkehr wirken werden, nimmt die Steuerbehörde nicht an. Als Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Gesetzes hat die Steuerbehörde den 1. Oktober dieses Jahres vorgesehn.

Beschaffung von Baumaterialien. Die Baubehörde hat zur Ausführung von Rathhäusern und Rathwohnungen Baumaterialien zum Betrage von 4 150 000 Mk. eingekauft. Hierfür standen ihr 800 000 Mk. zur Verfügung, die bereits im Oktober 1918 von der Bürgerschaft bewilligt wurden. 350 000 sind abgezogen, die für Kleinwohnungen in der Ziegelstraße usw. erforderlich waren. Die Baubehörde ersucht nun um die Nachbewilligung des Restes von 3 Millionen Mark. Dem Senat wird der Beschluß, diesem Antrage zu entsprechen, dadurch erleichtert, daß ein Betrag von 2 Millionen Mark für Baumaterialien in der Summe von 7 080 000 Mk. enthalten war, die im März d. J. für den Bau von Rathwohnungen bewilligt wurde. Dieser Plan gelangte aber bekanntlich durch die veränderten Verhältnisse nicht zur Ausführung. Der Senat stellt daher zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft, daß der Baubehörde für die Beschaffung von Baumaterialien der Betrag von 3 Millionen Mark aus Anleihemitteln bewilligt wird. — Der Vorstand der Ziegelei „Bauhütte“ hat in einem Schreiben an die Baubehörde beantragt, ihr 1 Million Ziegelsteine für künftige Bauten abzukaufen und dafür eine sofortige Abschlagszahlung von 250 000 Mk. zu gewähren. Die Ziegelei hat für ihren künftigen Betrieb wieder aufgenommenen Betrieb große Summen aufgewendet, so daß sie die Unterhaltung zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes bedarf. Die Baubehörde hat, da ein öffentliches Interesse vorliegt und damit andererseits die 54 beschäftigten Arbeiter nicht arbeitslos werden, dem Antrage stattgegeben und einen, mit den nötigen Sicherheiten versehenen Vertrag mit der Ziegelei abgeschlossen. Der Senat ist bereit, den Vertrag zu genehmigen und stellt zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft, daß der Baubehörde ein Zuschuß von 250 000 Mk. aus Anleihemitteln zur Verfügung gestellt wird.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. Oktober 1920 40 171 Mitglieder, darunter 1445 Mitglieder von Es-fahrtigen, deren Rechte ruhen, gegen 36 212 im Jahre 1919. Auf Männer entfielen davon 24 681 (1919: 22 592), auf Frauen 15 490 (1919: 13 620). Arbeitsunfähig waren am letzten September 588 Männer (1919: 441), Frauen 658 (1919: 561). Ausweise-scheine für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im September 2560 (1919: 2346) erteilt. Sterbefälle wurde im September für Mitglieder in 24 Fällen, für Angehörige in 18 Fällen gezahlt. Uebertretungen arbeitsunfähiger Mitglieder gegen die satzungsmäßigen Verschaffungsbestimmungen waren in 11 Fällen mit Strafe zu belegen. Die freiwilligen Kassenbeiträge werden von Montag bis Donnerstag jeder Woche entgegengenommen.

Das Handwerk und das Bergewesen. Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat auf seiner Jenaer Tagung folgenden Beschluß gefaßt: Der Reichsverband des deutschen Handwerks richtet an die Reichsregierung und die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches die dringende Bitte, das öffentliche Bergewesen unverzüglich in einem für das Reich, die Länder, Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechtes verbindlichen Reichsrahmengesetz neu zu ordnen, in welchem die Vergabe handwerksmäßig herzustellender Arbeiten an die Organismen des Handwerks grundsätzlich festzulegen ist.

Saatenland im Lübedischen Staat Anfang Oktober 1920. Nach den Meldungen der Saatenstandsberichterstattung hat das Staatliche Amt für Anfang Oktober folgende Saatenstandsnoten berechnet (Nr. 1 bedeutet sehr gut, Nr. 2 gut, Nr. 3 mittel, Nr. 4 gering): Kartoffeln Nr. 3,7 (1919: Nr. 2,5), Acker Nr. 2,4 (3,3), Bewässerungsweiden Nr. 2,1 (3,0), andere Weiden Nr. 2,4 (2,9). Die Kartoffelernte ist noch nicht überall bespedit. Die Angaben über den zu erwartenden Betrag lauten aber im allgemeinen recht ungenügend. Die geschätzten Durchschnittserträge schwanken zwischen 120 und 340 Zentner vom Hektar Anbaufläche. Der für den gesamten Staat errechnete Durchschnittsertrag wird sich auf rund 200 Zentner pro Hektar stellen, das sind etwa 40 Pfund auf die Quadratrate.

Gewerbeanmeldungen erfolgten im 3. Vierteljahr beim Amtsamt 205. Davon waren 114 hiesige Staatsangehörige und 91 nichtlübedische Staatsangehörige. Die Anmeldungen verteilten sich auf 56 Gewerbe. Es waren 45 Obst- und Gemüsehändler, 18 Schenkwirte, je 13 Handelsleute und Kurzwarenhändler, 12 Tabakwarenhändler, 23 Agenten und Kommissionäre, 19 Kaufleute, 11 Kleinrentner usw.

Danksagung.
Für die vielen Güte und Geisente zu unserer Hochzeit danken herzlich
(7794)

Otto Abromeit und Frau,
Martha, geb. Karsten.

Karl Holze.
Die glückliche Geburt eines gesunden Jungen zeigen hoch erfreut an

H. Stein u. Frau
Bertha geb. Peters.
Brockstraße 42, I.

Karl Franke dankt herzlich
Ang. unt. S A 129 an die Gr.
(7798)

Geizungsmonteur
durchaus selbstständig und zuverlässig arbeitend, ver-lanzt
(7796)

Hilman & Müncmann.
Breite Straße 27.

Junger Mann sucht möbl. Zimmer. Ang. unt. M J 65 an die Gr. d. ZL (7802)

2 junge Leute suchen möbl. Zimmer zu sofort. Ang. u. R M an die Gr. d. ZL (7785)

Ein junger Herr sucht Arbeit zu sofort. (7807)

H. Freitag, Tischler. 32, I.
Gartenstr. 23
u. v. (7812) Herbst 23.

Arbeitsantrag, gut Mant.
u. 1 Paar n. Schuhe, Gr. 29,
s. v. (7791) Gr. Burgstr. 43, I.

1 P. Stief., Schuhe u. Tenn-
Schuhe Gr. 36, 2 Blumenmü-
1 Brotmisch, 1 Rohleisen,
1 Spiegeltorniole, 1 Schlan-
gentaktus zu verkau. (7781)
Hafenburg, Allee 32, I.

Schlachtziege u. 2 a. Jahr
alte Dühner zu verk. (7786)
Seefeld, Dorfstr. 64.

Ferkel und Jungfer
finden Sie stets vorrät.
zu den billigsten Preisen bei
(7805) P. Stüwe,
Schönöderer Straße 18.

Hausknechtungen
übernimmt H. Jürgens,
7806) Schwanen-Str. 22

Von der Reise zurück:
Dr. med. Fritz Meier
Privatwohnung: Heim-
stätten 23.

Sprechstunde: Hambur-
ger Straße 8:
8-10, 4-6.
Mittw. nachm., Sonn. keine.
Ferien 5697. (7796)

Schlachtstube - Einricht.
eich. lack. neu, bill. u. p.
(7809) Petersen S.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut
ihre Arbeitskleidung
bei (7778)

Otto Albers
Markt 4 Kohlstr. 10
Mag. d. R.-Sparr. Lübeck

Schlachtstube - Einricht.
eich. lack. neu, bill. u. p.
(7809) Petersen S.

Hantheater. Heute wird das entzückende Lustspiel „Willis Frau“ zum letzten Male gegeben. — Morgen wird der Operettenschwanz „Budenbacher“ wiederholt. — Am Sonnabend wird zum ersten Male die Operette „Zigeunerliebe“ von Richard Lehner aufgeführt.

Arbeiterbewegung.
Die Geduld der Bergarbeiter ist erschöpft. Eine Konferenz der der Arbeitgemeinschaft angehörenden Bergarbeiterverbände, die Mittwoch in Bochum stattfand, befaßte sich eingehend mit der Regelung der Lohnfrage im Bergbau. An den Reichsarbeitsminister Brauns wurde folgendes Telegramm gefaßt: „Die Konferenz der vier Bergarbeiterverbände erwartet im Hinblick auf die steigende Erregung in Bergarbeiterkreisen die sofortige Reaktion der Lohnfrage. Die Bedarfsartikel steigen andauernd im Preise, Lohnsteigerungen müssen sofort erfolgen.“

Reich und Ausland.
W. r. d. Am Sonnabend wurden in Breslau bei der Mündung der Ohle in die Oder auf einem Floß frisch abgeschlachtete Arme und Beine, Montag in der verlängerten Kurfürstentstraße im Aufschwerg des Bahndammes der dazu gehörige Kumpf und der Kopf gefunden. Als Opfer des Mordes — um einem solchen handelt es sich — ist der 21jährige Handlungsgehilfe Hermann Katschowitz ermittelt, der aus Polnisch-Lissa stammt. Von dem Mörder fehlt jede Spur.

Ausbreitung einer großen Mischschabung. Auf einem Abstellgleis der Gasanstalt in Schöneberg (Berlin) beschlagnahmte Mittwoch der Schöneberger Kriminalwachmeister Krüger einen Wagon mit 232 Zentnern Weizenmehl. Die Ladung stammt von einem Breslauer Mühlenbesitzer. Der Wagon war mit einigen Kohlenwagen auf das Gelände der Gasanstalt gefahren worden. Als er am Montag heraufgeschleppt werden sollte, um an den unbekanntem Empfänger weiter geleitet zu werden, verständigte der aufmerksam gewordene Betriebsrat der Gasanstalt telephonisch die Kriminalpolizei, und diese konnte die Schabung noch rechtzeitig verhindern. Das beschlagnahmte Mehl ist der Stadt Schöneberg zur Verfügung gestellt worden. In die Schabung scheinen Bahnbeamte verwickelt zu sein. Auch das Verhalten eines leitenden Beamten der Gasanstalt, der den Betriebsrat die Benutzung des Gasanstaltstelephons zur Benachrichtigung der Polizei nicht gestattete, ist auffällig.

Der Raub des Goldplatinessels bei der Chemischen Fabrik Wollum in Westfalen ist nach langwierigen Ermittlungen durch die Berliner Kriminalpolizei jetzt reiflos aufgeklärt worden. Die Täter, neun Personen, sind dingfest gemacht worden und haben den Millionenraub bereits eingestanden. Die Verhafteten, alle junge Leute, die aus achtbaren Familien stammen, hatten sich durch die hohen Platypreise verleiten lassen, sich in den Besitz des Kessels zu setzen. Sie stellten nach dem in der Fabrik allein anwesenden Wächter, einen alten Mann, nahmen den Kessel vom Feuer und brachten ihn nach einem Walde. Dort zerschlugen sie ihn und vergraben den größten Teil. Er wurde jetzt wieder ausgegraben und sichergestellt. Den anderen Teil schmolzen sie ein, um das wertvolle Metall in kleinen Klumpen zu Geld zu machen. Der weitaus größte Teil des eingeschmolzenen Metalls konnte ebenfalls wieder herbeigeschafft werden.

Spiel, Sport und Körperpflege.
Sonntag, den 17. Oktober stehen sich auf dem alten Kalnerhof Schwartau I und Vornwärts I im Bezirksspiel gegenüber. Morgens 9 Uhr spielen die III. Mannschaften: von 12½ bis 2 Uhr die II. Anschließend daran die I.

Sprechsaal.
(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)
Eingelandt.

Die Kartoffelverorgung. In der letzten Sitzung des Landesverorgungsamtes hat man sich auch endlich mit dieser wichtigen Angelegenheit beschäftigt. Die Richtigkeit der Ausführungen der Herren Senator Bromme, Hofbesitzer Henk und Oekonomierat Leunstein zweifelt man nicht an, aber warum lassen wir uns das gefallen, daß wir unsere Kartoffeln von Kommern beziehen müssen, während in unserer nächsten Umgebung, Schleswig-Holstein und Mecklenburg, genügend Kartoffeln angebaut werden, die wiederum auf dem Wege nach anderen Gegenden verhandelt werden? Hierfür folgendes Beispiel. Um die Angestellten und Arbeiter unseres Betriebes mit preiswerten und haltbaren Kartoffeln, von billigen Kartoffeln will ich nicht mehr sprechen, vorzuziehen zu können, machte ich ein Betriebsratsmitglied auf den Weg, um Kartoffeln einzukaufen. Ein Hofbesitzer bei Lübecksdorf erklärte: „Ich habe wohl Kartoffeln gekauft, die sind mir aber bereits sämtlich in kleinen Mengen abgesetzt; soweit mir bekannt, sind aber auf einem größeren Hof bei Krummsee noch Kartoffeln zu haben.“ Unser Betriebsratmann redet nach K. und konnte sich mit eigenen Augen überzeugen, daß hier Kartoffeln in großen Mengen zufließen aufgenommen wurden. Er trug kein Anliegen dem Be-

liker vor; dieser aber erwiderte: „Ich habe leider keine Kartoffeln mehr abzugeben; meine Kartoffeln gehen sämtlich nach dem Rheinland, wohin ich verpflichtet bin.“ Mir steigt die Frage auf: wie ist so etwas denkbar? Lübeck besteht die Kartoffeln aus Kommern und bezahlt die hohe Bahnfracht, und zwei Wegekunden von Lübeck verladet man Kartoffeln in großen Mengen nach dem Rheinlande. Was sagt das hiesige Landesverorgungsamt und die Landwirtschaftskammer dazu? M. E. müßte es doch möglich sein, zuerst die Bevölkerung Lübeds aus der Umgegend mit preiswerten und haltbaren Kartoffeln zu versorgen, und dann die überschüssigen Mengen nach anderen Aufnahmestellen abzugeben. Hier scheint es umgekehrt zu sein, und man trifft Maßnahmen, wenn es zu spät ist. Angehts der Kartoffel-Misernote sehe ich bezüglich der Verorgung mit Kartoffeln mit einiger Besorgnis in die Zukunft, wenn nicht umgehend Vororgs getroffen wird.

Eingelandt.
Zur Mitteilung, daß der Lehrer Frig. Wehden den Eltern des von ihm verletzten Knaben sein lebhaftes Bedauern ausgesprochen und sich als der allein Schuldige bekannt hat. In Unbetracht dessen ist die gegen ihn erstattete Anzeige wieder zurückgenommen worden.
Ein Betelligter.

Devisen-Kurse.
Hamburg, 6. Oktober.
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		5. Okt.	4. Okt.
Holland	100 fl.	2002½	1987 3/4
Kopenhagen	100 Kr.	910	897 3/4
Stockholm	100 Kr.	1287½	1257 1/2
Kristiania	100 Kr.	907½	895
Helsingfors	100 finn. Mk.	180	182
Schweiz	100 Frs.	1035	1017½
Wien (alt)	100 S.	—	—
do. (neu)	100 S.	24½	—
Budapest	100 Kr.	19	—
Prag	100 Kr.	82½	82
Spanien	100 Pesetas	940	932½
London	1 £	225½	220½
Paris	100 Frs.	480	427
Belgien	100 Frs.	460	449½
Italien	100 Lire	262½	267½
Buarest	100 Lei	—	—
N. York telegr. Ausg.	1 Doll.	64½	68½
do. briefl. Ausg. od. Sched		64½	68½

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.
Dampfer Segler Schiffsname Kapitän Herkunftsort Fahrzeit Tage Std.

Angelommen am 6. Oktober.				
D.	Greif	Bohnert	Oxelshund	2
D.	Gunder	Hansen	Marbus	19
D.	Dübenbrück	Reisenz	Riel	11
D.	S. Krispin	Johannesson	Malmö	1
D.	Thor	Wimuffen	Rolbing	1
D.	Anneliese	Hiel	Oxelshund	2½

Eingegangene Druckschriften.
Der Bund der Auslandsdeutschen E. W. Berlin W. 10, gibt bei Reimar Hobbing (Berlin) eine Zeitschrift „Auslandsmarke“ heraus, deren erstes Heft uns vorliegt. Es beginnt mit einem längeren Aufsatz von Rechtsanwalt Dr. Einhorn (früher Paris) über die Entschädigung der Auslandsdeutschen für Liquidationschäden. Der Verfasser stellt die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen über Entschädigung der Auslandsdeutschen für Liquidationen, die gemeinsam mit Enteignungs- und anderen Entschädigungsfragen in verschiedenen, oft rein textlich überaus schwer verständlichen Gesetzen und Verordnungen verstreut sind, zum ersten Male zusammenfassend dar. Er ermöglicht dadurch auch dem Laien, sich in dieser für das Schicksal der aus Feindesland vertriebenen Deutschen entscheidenden Frage ein Urteil zu bilden. Er kommt freilich zu dem wenig befriedigenden Ergebnis, daß unter dem Druck der Finanznot des Reiches eine Lösung des Entschädigungsproblems umgangen wird, gibt aber praktische Andeutungen besserer Lösungsmöglichkeiten.
Es folgen Artikel über wirtschaftliche Bestrebungen der Auslandsdeutschen in der Heimat und draußen.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol 100000 fach bewährt
Preis M. 3 In Apotheken und Drogerien erhältlich



Arbeitsantrag, gut Mant.
u. 1 Paar n. Schuhe, Gr. 29,
s. v. (7791) Gr. Burgstr. 43, I.

1 P. Stief., Schuhe u. Tenn-
Schuhe Gr. 36, 2 Blumenmü-
1 Brotmisch, 1 Rohleisen,
1 Spiegeltorniole, 1 Schlan-
gentaktus zu verkau. (7781)
Hafenburg, Allee 32, I.

Schlachtziege u. 2 a. Jahr
alte Dühner zu verk. (7786)
Seefeld, Dorfstr. 64.

Ferkel und Jungfer
finden Sie stets vorrät.
zu den billigsten Preisen bei
(7805) P. Stüwe,
Schönöderer Straße 18.

Hausknechtungen
übernimmt H. Jürgens,
7806) Schwanen-Str. 22

Von der Reise zurück:
Dr. med. Fritz Meier
Privatwohnung: Heim-
stätten 23.

Sprechstunde: Hambur-
ger Straße 8:
8-10, 4-6.
Mittw. nachm., Sonn. keine.
Ferien 5697. (7796)

Schlachtstube - Einricht.
eich. lack. neu, bill. u. p.
(7809) Petersen S.

Arbeiter-Bildungsverein
Lübeck.
(7808)

Die für Sonntag nach-
mittag 2 Uhr angeordnete
Opernvorstellung „Die weiße
Dame“ kann umstands-
halber nicht aufgeführt werden.
Statt dessen gelangt „Minna
von Barnheim“ zur Auf-
führung.

Die zu viel gezahlten Ein-
trittsgelder werden am
Sonnabend bei der Aus-
lösung zurückerstattet.
Der Vorstand.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut
ihre Arbeitskleidung
bei (7778)

Otto Albers
Markt 4 Kohlstr. 10
Mag. d. R.-Sparr. Lübeck

Von Internationaler Bibliothek
sind wieder vorrätig:

- C. Marx, Kapital, I. Band M 25.—
- „ Theorien über den Mehr-
wert, II 11.—
- „ Theorien über den Mehr-
wert, III 10.50
- Simon, Gesundheitspflege d. Weibes . . . 12.—
- A. Bebel, Die Frau n. der Sozialis-
mus 15.—
- A. Bebel, Aus meinem Leben, 3 Bände . . 42.—
- Friedr. Engels, Der Ursprung der
Familie 10.50

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Wer zahlt
die höchsten Tagespreise für
für Brillanten, Rubin,
Saub u. Silber (auch Gold),
Brennsteine, alte Gefäße
77821 (auch verb.) 32.
Westfäl. Holten. (7799) Wollenweberstr. 60.

Von einem Brustleiden
wurde ich durch eine Ver-
ordnung, die Herr Frost mir
gab, in kurzer Zeit geheilt.
Kann den Herrn sehr emp-
fehlen. F. Hoffmann, Postof-
f. 7799) Wollenweberstr. 60.

Rechnungs-Formulare
fertigt prompt an.
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.
(7777)

Konsumverein f. Lübeck u. Umg.
e. G. m. b. H.

Achtung, Mitglieder!
Mit dem 30. September schließt unser
Geschäftsjahr.
Zur Feststellung des Umsatzes der Mit-
glieder müssen die in der Zeit vom 1. Oktober
1919 bis 30. September 1920 bei den Ein-
käufen erhaltenen Marken, soweit sie volle
zwanzig Mark betragen, und die Mitglieds-
bücher in der Zeit
vom 1. bis 10. Oktober 1920
in den Warenabgabestellen abgeliefert werden.
Nur in dieser Weise abgelieferte Mar-
ken können zur Berechnung der Rückver-
gütung in Betracht gezogen werden.
Nach dem 10. Oktober abgelieferte
Marken haben keine Gültigkeit.
Etwa den Betrag von 20 Mark nicht
erreichende Marken sind im Oktober-
November 1920 beim Umtausch zu ver-
wenden.
Die bei der Ablieferung erhaltene Quit-
tung bitten wir sorgfältig aufzubewahren, da
nur gegen Rückgabe derselben die Rückver-
gütung ausbezahlt wird.
(7777) Der Vorstand.

Danksagung.
Für die vielen Güte und Geisente zu unserer Hochzeit danken herzlich
(7794)

Otto Abromeit und Frau,
Martha, geb. Karsten.

Karl Holze.
Die glückliche Geburt eines gesunden Jungen zeigen hoch erfreut an

H. Stein u. Frau
Bertha geb. Peters.
Brockstraße 42, I.

Karl Franke dankt herzlich
Ang. unt. S A 129 an die Gr.
(7798)

Geizungsmonteur
durchaus selbstständig und zuverlässig arbeitend, ver-lanzt
(7796)

Hilman & Müncmann.
Breite Straße 27.

Junger Mann sucht möbl. Zimmer. Ang. unt. M J 65 an die Gr. d. ZL (7802)

2 junge Leute suchen möbl. Zimmer zu sofort. Ang. u. R M an die Gr. d. ZL (7785)

Ein junger Herr sucht Arbeit zu sofort. (7807)

H. Freitag, Tischler. 32, I.
Gartenstr. 23
u. v. (7812) Herbst 23.